

+ 3-Jugend-  
+ 21-Falke

April 1970

# Kinderpolitische Forderungen

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken



# Kinderpolitische Forderungen der SJD - Die Falken

## Inhalt

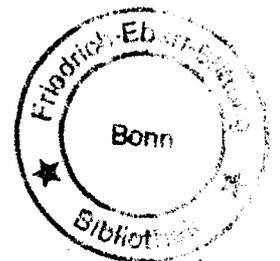
1.	Einleitung	4
2.	Kinder und Interessensvertretung	6
3.	Rechtliche Stellung von Kindern in der BRD	7
4.	Kinder und Familie	9
5.	Öffentliche Erziehung	11
	a. Kindergarten, Horte,	
	b. Schule	
	c. Grundschule	
	d. Koedukation und Grundschule	
6.	Mädchen	16
7.	Sexuelle Mißhandlung von Kindern	17
8.	Ausländische Kinder in der BRD	18
9.	Kinder arbeitsloser Eltern	20
10.	Kinderarbeit in der BRD	22
11.	Kinder und Planung	23
12.	Kinder und Verkehr	24
13.	Kinder und Spielen	25
14.	Kinder und Wohnen	26
15.	Kinder und Umwelt	27
	a) Kinder und Gesundheit	
	b) Kinder und Ernährung	
16.	Kinder und Kultur	30
	a) Bücher	
	b) Theater	
17.	Kinder und (neue) Medien	32
	a) Fernsehen	
	b) Computer	
	c) Musik, Hörspiele usw.	
	d) Gewalt und Medien	
18.	Interessensvertretung für Kinder	36
19.	Ausblick	37

---

Herausgeber  
Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken  
Bundesvorstand  
Kaiserstraße 27  
5300 Bonn 1

Verantwortlich  
Waldemar Laschat

Redaktion  
Werner Dobersalske  
Bonn, April 1990



C 94 - 00897

# 1. Einleitung

In den fünfziger und sechziger Jahren konnten die meisten Kinder in der Bundesrepublik mit scheinbar ungefährdeten individuellen Zukunftsaussichten aufwachsen. Die Nachkriegskonjunktur sorgte für Vollbeschäftigung und kontinuierliches Wachstum des Lebensstandards. Durch unser wohlfahrtstaatliches System sollten extreme soziale Ungerechtigkeiten vermieden und ein Mindestmaß an Gleichheit im Zugang zu materiellen Ressourcen hergestellt werden. Lebensbedrohliche Krankheiten und Hunger stellten für Kinder der westdeutschen Industriegesellschaft keine Bedrohung mehr dar. Den Eltern schien also die berufliche und materielle Zukunft ihrer Kinder weitestgehend gesichert. Als seit Beginn der siebziger Jahre konjunkturelle und strukturelle Krisen die bundesdeutsche Ökonomie erschütterten und sich dies seit Anfang der achtziger Jahre in der Entwicklung einer hohen Sockelarbeitslosigkeit mit einem hohen Anteil von Dauerarbeitslosen niederschlug, wurden diese Lebenssicherheiten zerstört. Eine zunehmende Bewußtwerdung von Gefährdungen durch die Umweltverschmutzung (Lebensmittel, "Altlasten" in Boden, Luft, Wasser ebenso wie die militärische Aufrüstung und Radioaktivität) verstärkten die subjektiv empfundenen Zukunftsängste. Außer einem kurzzeitigen Medieninteresse für die soziale Situation und die Probleme von Kindern (oder wäre es richtiger, von Problemen mit Kindern zu sprechen?) hat es in der Bundesrepublik keine nennenswerten Bemühungen zur Verbesserung der Lebenssituation gegeben. Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken hat im folgenden ihre Kinderpolitischen Forderungen zusammengetragen, um die Realität von Kinderleben zu dokumentieren, die gesellschaftlichen Ursachen für Kinderfeindlichkeit zu benennen und eine Grundlage zu legen, eine Verbesserung der Lage von Kindern zu erreichen.

Falken-Kindergruppen setzen sich seit Jahren verstärkt mit der aktuellen Lebenslage von Kindern in der Bundesrepublik Deutschland auseinander, um die Interessen und Bedürfnisse von Arbeiterkindern in einer Gesellschaft, die vorrangig an Profitinteressen, Erwachsenenbedürfnissen orientiert ist, besser durchsetzen zu können.

Aufgabe der Sozialistischen Jugend Deutschland ist es, Mißstände aufzudecken, die soziale Benachteiligung von Kindern dieser Gesellschaft zu bekämpfen

und dafür zu sorgen, daß ihre Belange stärker berücksichtigt werden. Es ist das Ziel unserer Erziehungsarbeit, Kinder in die Lage zu versetzen, ihre Interessen selber zu vertreten.

## Schlaglichter zur Lebensrealität von Kindern in der BRD

- \* In der BRD leben ca. 9,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren und dieses Sechstel der Bevölkerung wird wie eine Randgruppe behandelt. Ihre Lebenswirklichkeit steht im Widerspruch zum gesellschaftlich vermittelten Bild einer heilen Kinderwelt. Man sollte meinen, daß in einem der reichsten Länder der Erde der Reichtum dazu genutzt würde, Kindern optimale Bedingungen für ihre individuelle und soziale Entwicklung zu schaffen. Dennoch ist das soziale, psychische und körperliche Wohl der Kinder in unserer Gesellschaft keineswegs ausreichend gewährleistet.
- \* Die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung führt im ökonomischen Bereich zu einem immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf. Millionen Kinder sind von elterlicher Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit und Armut betroffen. Die Folgen sind ungleiche Entwicklungschancen sowie Isolation, Zunahme von Kinderarbeit und psychische und physische Beeinträchtigungen, insbesondere bei Arbeiterkindern.
- \* Die gestohlene Zukunft vieler Kinder, die wie ihre Eltern Opfer neokonservativer Wirtschaftspolitik sind, verdeutlicht, daß die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital nicht vor dem Kinderzimmer halt macht.
- \* Kinder sind bestenfalls (und das verstärkt) als Zielgruppe der Werbung und zum Teil zahlungskräftige Kundschaft interessant.
- \* Die immer unrealistischer werdende Familienpolitik der Konservativen ignoriert die elementaren Kinderrechte auf Erziehung und Bildung, Partizipation und Selbstbestimmung. Kindererziehung wird immer noch als Privatsache verstanden, obwohl Familie immer weniger in der Lage ist, die für das Aufwachsen der Kinder notwendigen Bedingungen zu gewährleisten. Das völlig unzureichende Angebot an außerfamiliären Erziehungseinrichtungen (Kindertagesstät-

(Kindertagesstätten, Kinderhorte, -krippen und Ganztagschulen) benachteiligt insbesondere Kinder aus Arbeiterfamilien.

- \* Schule ist für Kinder immer noch ein Ort der Angst, Diskriminierung, des Leistungsdrucks. Die gängige Praxis der Aussonderung durch das Zensurensystem im Zusammenhang mit der Erwartung der Eltern an Höchstleistungen führt zu einem sich verschärfenden Konkurrenzverhalten der Schüler und Schülerinnen untereinander. Der Leistungsstreß führt zu erhöhtem Mißbrauch von Psychopharmaka und der Konkurrenzkampf untereinander bewirkt eine politische Zurückhaltung der Schüler und Schülerinnen.
- \* Nach seriösen Schätzungen werden in unserem Land jährlich 300.000 Kinder (davon über 90% Mädchen) sexuell mißhandelt. Nicht berücksichtigt sind dabei die Fälle von gravierenden emotionalen Ablehnungen, seelischen Grausamkeiten und psychischen Vernachlässigungen.
- \* Die Zahl der im Verkehr getöteten und verletzten Kinder, die Zerstörung der Umwelt, Belastungen von Luft, Wasser, Boden und Nahrungsmittel wie auch die Verödung der Städte verdeutlichen, daß das Recht der Kinder auf eine lebenswerte Umwelt in katastrophaler Weise vernachlässigt wird.
- \* Drogensucht und Suizide von Kindern sind nur einige Beispiele für den strukturellen Gewaltcharakter einer sich zivilisiert nennenden Gesellschaft.
- \* Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden Kinder, ihre Erziehung, ihr Spielen und Lernen zunehmend aus dem Alltag und dem öffentlichen Leben ausgegliedert. Pädagogische Sonderumwelten, "Kinderghettos", teilweise mit Programm und Aufsicht sind entstanden. Hinzu kommt eine immer stärkere Reglementierung und Kommerzialisierung von Spiel und Freizeit.
- \* Verödete Städte, Trabantenstädte, Einfamilienhaussiedlungen und normierte Freizeitanlagen prägen das Wohnumfeld. Sie bieten wenig, was Neugierde befriedigt oder Entdeckungsfreude anregt.
- \* Die Wohnungen sind häufig zu klein, insbesondere zum gemeinsamen Spielen mehrerer Kin-

der. Es gibt kaum Ecken und Winkel, wo Kinder sich dem Blick, der Aufsicht Erwachsener auch einmal entziehen können. Die Einrichtungen sind zweckmäßig und in aller Regel im Wohnzimmer auf den Fernseher bezogen.

- \* Der Verkehr hat eine Dichte erreicht, daß Spielen im Freien - auf der Straße kaum noch möglich ist. Darüberhinaus gibt es gerade in städtischen Bereichen kaum noch Freiflächen, die als Spielflächen einbezogen werden können.
- \* Dies hat zur Folge, daß sich Kinder vermehrt zu Hause oder in Institutionen aufhalten. Sie erfahren ihre räumliche Umwelt nicht mehr als Einheit, die sich zunehmend erobern läßt, sondern als eine Welt mit betretbaren Inseln.
- \* Kinder, vor allem in der Stadt, leben zunehmend in einer zweiten Wirklichkeit aus Fiktionen und Medieninformationen, die ihnen das Fernsehen, Produkte der Kulturindustrie vorgeben.
- \* Beim Spielen und Lernen von Kindern gibt es neben der Entsinnlichung und Abstraktion einen weiteren negativen Trend: Die Kommerzialisierung von Erlebnissen und Erfahrungen, die Vermarktung von Kinderinteressen und Kinderwünschen, die Käuflichkeit von Spaß und Faszination. Der Zugang zum Spielen und Lernen wird vielfach ökonomisch reglementiert.

In dieser Auseinandersetzung werden wir mit unseren kinderpolitischen Vorstellungen häufig auf das Feld der "Familienpolitik" abgedrängt. Besonders die politische Ausrichtung der konservativen Kräfte in unserem Land schließt eine Politik der kinderpolitischen Interessenvertretung praktisch aus, denn dem gängigen Bild der Gesellschaft nach sind Kinder Anhängsel der Familie. Sie sind rechtlich unselbständig und gelten damit als Menschen ohne eigene Interessen. Probleme und Bedürfnisse von Kindern sind private, familiäre Angelegenheiten, die der öffentlichen Einflußnahme weitestgehend entzogen sind. Wenn es einmal um sie geht, wird der Fehler gemacht, Kinder "an sich" zum Betrachtungsgegenstand zu machen, als wäre Kind gleich Kind, als gäbe es eine Phase der

Kindheit, die unabhängig von der sozialen Zugehörigkeit der Kinder besteht.

Jede gesellschaftliche Entwicklung ist vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Dieser Grundwiderspruch ist das bestimmende Element für die "Kindheit" genannte Lebensphase in all ihren Erscheinungsformen. Alle Aspekte, die die kapitalistische Gesellschaft bestimmen, sind auch für das Leben der Kinder entscheidend.

Interessensvertretung für Kinder bedeutet daher, Forderungen zu erarbeiten, die eine Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder beinhalten, die Öffentlichkeit zu mobilisieren sowie für die Durchsetzung einzutreten. Diese Arbeit ist Teil der Gesamtstrategie des Verbandes, Kinder- und Jugendpolitik darf also insgesamt nie ein isolierter Bereich unserer Arbeit sein.

Das Durchsetzen von Tagesforderungen kann aber die konkreten Lebensverhältnisse und Entwicklungschancen von Kindern und ihren Eltern und somit auch die Kampfbedingungen für eine sozialistische Gesellschaft verbessern. Durch das Aufstellen von Übergangsforderungen, die an heutigen gesellschaftlichen Defiziten ansetzen, deren Realisierung jedoch über die Grenzen kapitalistischer Produktionsverhältnisse hinausreichen, können die Grenzen einer "systemkonformen Kinderfreundlichkeit" bewußt gemacht werden.

## 2. Kinder und Interessenvertretung

### Der Kinderpolitische Ansatz der SJD-Die Falken

Die SJD-Die Falken leiten ihren kinderpolitischen Ansatz von ihrem Grundverständnis ab, einerseits Selbstorganisation von Arbeiterkindern und Jugendlichen und andererseits sozialistische Erziehungsorganisation zu sein. Kinderpolitik begreift sie als Interessensvertretung für und mit Kindern. Sie will "Einfluß auf die Bildung eines gesellschaftlichen Bewußtseins bei Kindern und Jugendlichen innerhalb und außerhalb des Verbandes mit dem Ziel nehmen, daß Kinder und Jugendliche dazu befähigt werden,

ihre gesellschaftliche und individuelle Situation zu erkennen, ihre eigenen Rechte und Interessen wahrzunehmen und durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken".

### Kinder vertreten ihre Interessen selber

Mit einer Auseinandersetzung der sozialen Lage von Kindern in der BRD versucht der Verband in seiner Gesamtheit und insbesondere die Kindergruppen in den Stadtteilen und Gemeinden, die Realität von Kinderleben zu erforschen, zu dokumentieren und Mißstände aufzuzeigen. Dabei werden alle Bereiche, die das Leben von Kindern bestimmen, einbezogen (u.a. Familie, Schule, Verkehr, Wohnen, Wohnumfeld). Jede Falkengruppe leistet entsprechend ihrer jeweiligen Betroffenheit und den örtlichen Gegebenheiten einen Beitrag dazu, ein Gesamtbild der sozialen Situation von Kindern in der BRD darzustellen. Die Aktivitäten des Gesamtverbandes und ihre Dokumentation sollen dazu dienen, das Wissen um die Realität der Kinder zu erhöhen, ihre gesellschaftlichen Ursachen zu benennen und die Ausarbeitung und Durchsetzung kinderpolitischer Forderungen "von unten" zu unterstützen. Dort, wo dies möglich ist, soll auch mit Herstellung von Kinderöffentlichkeit der Versuch unternommen werden, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern auf kommunalpolitische Entscheidungen zu verstärken.

Damit könnten die Interessen von Kindern als anerkannter und zu berücksichtigender Teil der sich in einer Kommune artikulierenden Interessensgruppen Einfluß auf kommunalpolitische Entscheidungen gewinnen. Kinder können somit im Bereich ihrer eigenen Belange und Betroffenheit gestaltend an der gesellschaftlichen Entwicklung mitwirken. Hiermit wird deutlich, daß die kinderpolitischen Bestrebungen der SJD-Die Falken darauf abzielen, die bewußte gesellschaftliche Partizipation der Kinder im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten zu erweitern.

Um die Kindergruppenarbeit zu stärken und die Interessensvertretungsfunktion des Verbandes weiterzuentwickeln, beschloß die SJD-Die Falken Ende 1984 das Schwerpunktthema "Arbeiterkinder wollen besser leben". Dadurch sollte den Gruppen die Möglichkeit eröffnet werden, durch eine Fokussierung der Verbandsarbeit ihre kinderpolitischen Aktivitäten zu erweitern und neue, innovative Formen zu entwickeln. Als wichtigste Aktionsform entwickelte man zunächst das "Kindertribunal", das später durch die "Roten Detektive" ergänzt wurde. Damit war ein Rahmen geschaffen, in dem Kindergruppen die Er-

gebnisse ihrer sozialräumlichen Erkundungen - ein traditioneller Bestandteil der Falkenarbeit - und ihrer Beschäftigung mit ihrer eigenen Lebenssituation in die Öffentlichkeit hinaustragen konnten. Um diese neue zentrale Aktionsform herum hatten jedoch, zum Teil in erneuerter Form, die schon in der Vergangenheit durchgeführten Aktivitäten Bestand (wie z.B. Tag des Kindes, Spiel- und Straßenfeste usw.). Als erstes Ergebnis dieser verstärkten kinderpolitischen Arbeit verabschiedete der Verband 1985 eine erste Fassung der Kinderpolitischen Forderungen, die fortgeschrieben und ergänzt werden soll. In den vergangenen Jahren haben sowohl auf Bundesebene wie auch im kommunalen Bereich die kinderpolitischen Aktivitäten der SJD-Die Falken erheblich zugenommen. So verabschiedete der Verband Forderungen nach Kinderberichten, insbesondere auch auf kommunaler Ebene, nach einem Unterausschuß "Kinder" bei den Jugendwohlfahrtsausschüssen und einer Geschäftsstelle "Kinder" bei den Jugendämtern der Kommunen.

In einigen Städten konnten diese Forderungen schon umgesetzt werden bzw. werden zur Zeit diskutiert.

Während noch bei der Aktion "Kindertribunal" das Anprangern von Mißständen im Vordergrund stand, wurden in den weiterentwickelten Arbeitsvorhaben "Hauruck, wir machen Druck und erobern unsere Welt" und "Rot(z) und frech" das Aufstellen von Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation durch die Kindergruppen mit aufgenommen. Ein Ziel soll dabei besonders herausgestellt werden: Die Partizipation von Kindern an Entscheidungen, die ihre Belange und Interessen berühren. Wir gehen davon aus, daß Kinder-/gruppen in der Lage sind, ihre Interessen zu erkennen, Forderungen zu stellen und politisch zu handeln. Kinder sind nicht nur Objekte dieser Gesellschaft, sondern können, wie wir aus unserer Gruppenpraxis wissen, ihre Interessen selbst vertreten, handelnde Subjekte sein. Um Mitwirkung von Kindern an gesellschaftlichen Entscheidungen umsetzbar zu machen, ist der Einsatz von Jugendlichen und Erwachsenen im Sinne einer Interessensvertretung für Kinder erforderlich, besonders wegen der mangelnden Beachtung von kindlichen Bedürfnissen und Aktivitäten und ihrer gesellschaftlichen "Rechtslosigkeit".

### 3. Die rechtliche Stellung von Kindern in der BRD

Die Grundrechte des Kindes als Wesen mit eigener Menschenwürde und auf Entfaltung seiner Persönlichkeit (Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes) sind in Gesetzgebung, Rechtstellung und politischer Praxis der Bundesrepublik nicht eingelöst worden. Zwar ist das Kind nach der herrschenden Lehre mit Vollendung der Geburt voll grundrechtsfähig, d.h. es ist fähig, Träger von Grundrechten zu sein. Damit ist etwas über das "Haben" gesagt, jedoch nicht über das "Ausüben". In der Praxis ist das Kind - trotz der Grundrechtsfähigkeit - faktisch rechtlos, d.h. es kann die ihm zustehenden Rechte nur über die Eltern wahrnehmen. Sie vertreten das Kind in allen Angelegenheiten. Erst wenn das Kind älter geworden ist, bestehen in Ansätzen eigene Rechte, wie sie in einigen Spezial-Gesetzen niedergelegt sind, z.B. § 5 des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung, wonach ein Kind ab dem 12. Lebensjahr nicht mehr gegen seinen Willen in einem anderen als dem bisherigen Bekenntnis erzogen werden darf und ab dem 14. Lebensjahr selbst entscheiden darf, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich entscheiden will; oder im Sozialgesetzbuch allgemeiner Teil § 36, wonach ein junger Mensch mit der Vollendung des 15. Lebensjahres ein eigenes Antragsrecht auf soziale Leistungen hat.

Für die Wahrnehmung der Rechte von Kindern gilt allgemein der Leitsatz "was dem Wohl des Kindes dient", ein unbestimmter Rechtsbegriff, den im Zweifel Behörden und Gerichte auszulegen haben. Diese Orientierung an dem "Wohl des Kindes" bedeutet jedoch mitnichten, daß grundsätzlich die Eigenständigkeit der Kinder und ihre Stellung als Rechtssubjekte mitberücksichtigt werden. Kinder sind in der Bundesrepublik weitgehend wehrlose Objekte elterlicher und staatlicher Gewalt, denen die Möglichkeit zur Vertretung der eigenen Belange vorenthalten wird. Die Beteiligung von Kindern an kommunalen Gestaltungsprozessen sozialer Lebenswelt von Kindern findet kaum statt. Es kommt nun im wesentlichen darauf an, den Rechten des Kindes im Sinne eigenständiger Rechtspersönlichkeit genügend Raum zu geben. Dies macht allerdings erforderlich, Kindern eigene Rechte einzuräumen.

Die Verbesserung ihrer Rechtsstellung durch die Hervorhebung der Subjektstellung von Kindern in den sie betreffenden gesetzgeberischen Bereichen muß daher zwangsläufig die Folge sein.

Wir treten dafür ein, die Persönlichkeits-, Anspruchs- und Schutzrechte der Kinder zu erweitern und ihnen entsprechende subjektive Rechte einzuräumen. Hierzu gehören insbesondere Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in Familie, Schule und Freizeit, Anhörungsrechte bei der Gestaltung des Lebensumfeldes und der sie betreffenden politischen Entscheidungen sowie konkrete Rechts- und Teilhabeansprüche als auch ein eigenes Antragsrecht im Rahmen von Jugendhilfe.

Die Umsetzung dieser Forderungen sind auch aus einem anderen Grund sinnvoll. Vor dem Hintergrund der Veränderungen der Lebenswelt von Kindern z.B. der Veränderung von Familie und von Lebensformen, wird die Familie immer mehr lediglich zu einem Ausschnitt für Kinder; sie drängen in eine von eigenen Wünschen und Hoffnungen geprägte Selbständigkeit.

Von großer Bedeutung für die Verbesserung der rechtlichen Chancen ist daher eine frühe Unterstützung zur Interessensvertretung von Kindern. Schon im Kindergarten und in der Grundschule sollte die Kreativität und Selbsttätigkeit der Kinder gefördert werden sowie durch eine entsprechende Förderungen ihnen helfen, ihre Bedürfnisse und Interessen erkennen, artikulieren und durchsetzen können.

Ebenso gilt es, die Einflußmöglichkeiten der Kinder- und Jugendverbände als Selbstorganisationen und Interessensvertretung zu sichern und auszubauen.

## **FORDERUNGEN:**

- *Anhörungs- und Antragsrecht für Kinder bei Entscheidungen zur Gestaltung ihres sozialen Wohnumfeldes usw.*
- *Antragsrechts für Kinder auf Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe usw.*
- *Die Hervorhebung der Subjektstellung von Kindern in der Jugendliche und Kinder betreffenden Gesetzgebung (z.B. Jugendhilferecht, Recht der elterlichen Sorge), in dem ihnen Mitwirkungs- und*

*Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Jugendhilfe eröffnet und durch konkrete Rechts- und Teilhabeansprüche sowie durch Mitwirkung und Mitbestimmung in Einrichtungen der Jugendhilfe gestärkt werden.*

- *Jedes Kind soll das Recht auf freie Meinungsäußerung haben, ohne daß Eltern in dieses Recht eingreifen oder es beschränken können.*
- *Kinder sollen außerdem kostenlose Rechtsberatung und -Vertretung für alle ihre Belange erhalten. (Rechtsberatung durch eine unabhängige Rechtsstelle mit Juristen, Psychologen, Sozialarbeiter). Eine juristische Betreuung der Kinder muß gewährleisten, daß Kinder unabhängig von Rechtsbeiständen der Eltern in behördlichen und gerichtlichen Angelegenheiten Beratung und Rechtsvertretung erhalten und sie ihre Interessen und ihre Rechtsstellung gemäß Art. 6 GG sachgerecht einbringen können.*
- *Kinder müssen auf politische Entwicklungen und Entscheidungen Einwirkungsmöglichkeiten haben. Damit können sie auch Einfluß auf politische Entscheidungen gewinnen und somit im Bereich ihrer eigenen Belange und Betroffenheit gestaltend an dieser gesellschaftlichen Entwicklung mitwirken. Schon in der Grundschule sind den Kindern weitestgehende Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten, die die Belange der Schule, Unterrichtsgestaltung, Gestaltung der Freizeit und der Schule, Schulhof usw. angehen, einzuräumen. Stärkung der Selbsttätigkeit von allen Kindern in der Schule sowie entsprechende Förderung im Unterricht sollen ihnen helfen, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen.*
- *Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, sowohl die "Konvention über die Rechte des Kindes" für die Bundesrepublik Deutschland zu ratifizieren als auch die Ziele der Konvention zu verwirklichen.*

## 4. Kinder und Familie

Die Familie stellt einen wesentlichen Lebensraum und eine besonders bedeutungsvolle Sozialisationsinstanz für Kinder dar.

Familie, bzw. eine bestimmte Familienstruktur, in der die Frau für die frühkindliche Erziehung und der Mann für den Lebensunterhalt zuständig ist, ist keine "Naturkonstante". Familie ist "umweltabhängig". Die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse bestimmt auch die Geschlechts- und Generationsbeziehung der Menschen.

Die bürgerliche Familie war für die Besitzer von Produktionsmitteln funktional und nach dem bürgerlichen Prinzip des Äquivalententausches organisiert:

Der Mann unterhielt von seinem Einkommen eine Ehefrau, die ihm als Gegenleistung den Haushalt organisierte, Kinder gebar und aufzog.

Die Investition in die Aufzucht eigener Nachkommen rentierte sich durch die dadurch erreichte Altersversorgung. Der vererbare Privatbesitz an Produktionsmitteln war die Voraussetzung und das Zwangsmittel zur Durchsetzung dieses Austauschverhältnisses.

Mit der Massierung des Kapitals in immer weniger Händen und mit dem Anwachsen des Anteils der Produktionsmittellosen auf über 90 % der Bevölkerung wurde die Grundlage der Familie als einer Fortpflanzungs-, Produktions- und Alterssicherungsgemeinschaft zerstört.

Die Produktivkraftentwicklung setzt den Lohnarbeiter zusätzlich in die Lage, ohne Mitarbeit der Ehefrau den Haushalt zu organisieren. Die Arbeitszeitverkürzung macht ihn frei, lebensnotwendige Dienste und hauswirtschaftliche Produktionsvorgänge selbst zu verrichten; die billige Massenproduktion von leicht handhabbaren Geräten erlaubt, die Hausarbeit zeitlich radikal zu verkürzen und lebenswichtige Dienste und Güter auf dem Markt zu erwerben.

Der Wandlungsprozeß der Familie wird durch die folgenden Phänomene deutlich:

- *Geschlechtsrollenaufhebung: die traditionelle ("natürliche") Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau hebt sich auf. Die Verallgemeinerung der Lohnarbeit führt zu einer wachsenden Berufstätigkeit von Frauen und Müttern.*
- *Eheauflösung: Ehe und Familie verlieren zunehmend ihren Charakter als auf Lebenszeit angelegte Gemeinschaften und werden zu jederzeit lösbaren Bindungen zweier sich selbst unterhaltender LohnarbeiterInnen.*
- *Kindesvernachlässigung: Die nichtexistenzielle Angewiesenheit auf eigene Nachkommen erhöht die Gefahr der Kindesvernachlässigung und Kindesmißhandlung sowohl in Fällen, in denen Kinder nicht erwünscht waren, als auch in Fällen, in denen der subjektive Wunschkindgedanke durch die Lebensrealität zerstört wurde.*
- *Geburtenrückgang: Die rasanten Veränderungen der demographischen Prozesse betreffen nicht nur die BRD sondern alle Industrieländer, unabhängig von ihren politischen, kulturellen und historischen Unterschieden. Ihre zum Teil dramatischen Auswirkungen haben insbesondere das Interesse der Öffentlichkeit und der Politik auf die Wandlungsprozesse in der Familie gelenkt.*

Da politische Rettungsversuche der Familie ohne Rücksicht auf den Verlust ihrer historischen Entstehungsursachen erfolgen, reduzieren sie sich auf moralische Appelle.

Für Kinder hat der Wandlungsprozeß der Familie weitreichende Auswirkungen auf ihr Lebensumfeld und ihre Sozialisationsbedingungen, denen nicht mit moralischen Appellen, sondern nur mit konkreten materiellen Hilfeleistungen, die sowohl familienunterstützend als auch familienergänzend und familienersetzend sind, beizukommen ist.

Konflikte und Gewalt gegen Frauen und Kinder finden hauptsächlich in der Familie statt. Ursache hierfür sind vor allem die Ansprüche, die von der Gesellschaft an Familie/Ehe gestellt aber nicht erfüllt werden.

Die verschlechterte ökonomische Situation für 1/3

der Bevölkerung der BRD führt häufig zu Krisen innerhalb von Familien, die sich mitunter in Konflikten entladen. Gepaart mit einer autoritären Erziehungs-tradition versuchen Erwachsene, ihre Übermacht mit Gewalt gegenüber den Kindern durchzusetzen. Jährlich werden 30.000 Fälle von Kindesmißhandlungen bekannt. Experten schätzen die Dunkelziffer auf das 6-14 Fache. Man nimmt an, daß 8 von 10 Mißhandlungen von Nachbarn bemerkt, aber nicht gemeldet werden. Dies entspricht genau dieser autoritären Tradition, denn im öffentlichen Bewußtsein gilt das Prügeln von Kindern - sei es impulsiv, weil die "Nerven durchgehen", sei es überlegt mit pädagogischem Vorsatz - als gesellschaftsfähig und als probates Erziehungsmittel. Nur 30 % der Eltern sind für die gesetzliche Abschaffung des Prügelprivilegs.

Viele Kinder leiden unter den kinderfeindlichen Strukturen im Elternhaus und sehen keinen anderen Ausweg als abzuhaufen (jährlich über 40.000 Kinder und Jugendliche). Über 1.400 Kinder und Jugendliche begehen jährlich Selbstmord, und das mit steigender Tendenz. Die Anzahl der Suizidversuche ist nicht exakt registrierbar.

Insgesamt ist eine Zunahme von Alleinerziehenden mit Kindern zu verzeichnen. Mittlerweile werden bei uns ca. 1,3 Millionen Kinder von einem Elternteil alleine aufgezogen. Sie sind besonders benachteiligt, da Ganztageseinrichtungen, wie Kinderhorte kaum vorhanden sind und eine Berufstätigkeit so erschwert wird. Das "Scheitern" von Alleinerziehenden" macht sich auch daran fest, daß im Pflegekinderwesen in Heime und Wohngruppen überproportional viele Kinder von Alleinerziehenden vorkommen.

Der Zerfall der Familie wird unter anderem durch ca. 130.000 Scheidungen jährlich dokumentiert, wodurch rund 350.000 Menschen, Kinder mitgezählt, betroffen sind. In einer Untersuchung (Sibylle Meyer, Eva Schulze, Berlin) wurde sogar festgestellt, daß schon seit 1972 mehr Ehen gescheitert sind, als neue eingegangen wurden und in absehbarer Zeit auch in der Bundesrepublik - wie bereits in den USA - 40% aller Ehen wieder aufgelöst werden. Zudem schätzt man, daß es zur Zeit ca. 500.000 "nichteheliche" Gemeinschaften gibt.

Alle Probleme, mit denen die Familie heute konfrontiert wird, werden von der Gesellschaft und den

einzelnen Familienmitgliedern "als Krise der Familie schlechthin" bzw. als individuelles Familienproblem begriffen und nicht als ein Problem mit gesellschaftlicher Ursache betrachtet.

Die von den Konservativen propagierte familienfreundliche Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung als leere Phrase.

Ein Kind kostet heute durchschnittlich im Zeitraum von 0 - 19 Jahren 200.000,-- DM. Dazu kommen 150.000,-- DM Verdienstaufschlag für eine unterbrochene oder zeitweise reduzierte Berufstätigkeit eines Elternteiles, die sich auch noch negativ auf die spätere Rente der Eltern auswirkt. Dieser Benachteiligung von Eltern stehen völlig unzureichende familienpolitische Unterstützungen gegenüber.

Auch ein stärkerer finanzieller Familienlastenausgleich beseitigt nicht die Nachteile, die durch eine Berufsunterbrechung oder Berufseinschränkung erfolgen. Eine Vereinbarkeit von Kindern und Beruf muß hergestellt werden. Auch die Zahl der Kinder wird geringer; sie werden zunehmend zu einer "Minderheit" in der Gesellschaft. Hierdurch droht eine Vernachlässigung ihrer Interessen.

Die wachsende Zahl von Familienauflösungen und die wachsende Zahl von Alleinerziehenden schaffen für viele Kinder Probleme materieller und psychischer Art. Sie können nicht alleine durch eine verstärkte finanzielle Unterstützung unvollständiger Familien und durch den Ausbau von Ganztagesbetreuungseinrichtungen aufgefangen werden.

Als sozialistischer Kinder- und Jugendverband sind wir der Auffassung, daß die Erziehung und das Wohl der Kinder gesellschaftliche Anliegen sind. Kinder sind weder das Privateigentum ihrer Eltern, noch ist Erziehung reine Privatsache. Wir begreifen Kinder als eigene wachsende Persönlichkeiten, als Menschen mit eigenen Rechten und Interessen. Ausgehend vom Subjektstatus des Kindes war es das Ziel der Arbeiterbewegung - und ist auch heute noch unser Ziel - daß jedes Kind einen Rechtsanspruch auf Erziehung besitzen sollte. Er beinhaltet:

- einen ausreichenden Schutz gegen Ausbeutung und Unterdrückung
- materielle Sicherung
- entsprechende Bildungs-

und Erziehungseinrichtungen

- das Selbstbestimmungsrecht des Kindes
- individuelle Förderung

Der Staat soll die Einlösung dieser Rechte garantieren. Durch die teilweisen Auflösungserscheinungen von Familie entsteht ein erhöhter Bedarf an öffentlicher Erziehung, der nicht nur quantitativ erfüllt werden muß, sondern der qualitativ als Chance und Möglichkeit zur Umsetzung genutzt werden kann.

### Forderungen

- *Stärkung des subjektiven Rechts des Kindes gegenüber den Eltern und anderen Erziehungseinrichtungen*
- *Verbot des Züchtigungsrechts durch die Eltern (Prügelstrafe)*
- *Streichung von Maßnahmen und Vorschriften, die die Familie gegenüber anderen Lebensformen bevorzugt.*
- *Der Ausbau und die Qualifizierung familienersetzender Angebote.*
- *Die Einführung der Ganztagschule.*
- *Bedarfsgerechter Ausbau von sozialen Ganztageinrichtungen (Kinderkrippen/horte und gärten), die die Familie und hier insbesondere Alleinerziehende und Frauen entlasten, so daß eine Wahlfreiheit zwischen Erziehungsurlaub und Krippenplatz besteht.*
- *Ein Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für drei- bis sechsjährige Kinder.*
- *Abschaffung des Ehegattensplittings für kinderlose Familien und Abschaffung der steuerlichen Kinderfreibeträge*
- *Rechtliche Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Gemeinschaften*
- *Erhöhung des Kindergeldes auf mindestens 200,- DM pro Kind*

- *Ein Erziehungsgeld in Höhe von 90 % des Nettoehaltes für drei Jahre bei Sicherung des Arbeitsplatzes.*
- *Wiedereinführung des Schüler-BAFöG*
- *Abschaffung des Darlehens beim Studenten-BAFöG*
- *Der Ausbau von Beratungsdiensten.*

*Neben dem bereits genannten Ausbau von anderen Sozialisationsinstanzen fordert daher die SJD - Die Falken die stärkere Unterstützung der Jugendarbeit und vor allem der Jugendverbandsarbeit. Sie ermöglicht sowohl soziale Kontakte als auch eine Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche.*

## 5. Öffentliche Erziehung

### a.) Kindergarten

Der öffentlichen Erziehung und Bildung kommt in der Sozialisation von Kindern ein immer bedeutenderer Stellenwert zu. Gerade für die Ausprägung der individuellen Fähigkeiten und des sozialen Verhaltens ist vor allem die Förderung durch den Kindergarten wesentlich. Kindergarten sollte daher eine Erziehung und Bildung gewährleisten, die nach den Prinzipien der Kooperation, der Überwindung traditioneller Rollenschematas, der Kreativität, der Spontanität und des solidarischen Umgangs miteinander ausgerichtet ist.

Der Kindergarten hat die Möglichkeit viele Kinder zu erreichen und im Rahmen von Gruppenarbeit vor allem auch jenen Kindern zu helfen, die aus sozial benachteiligten Familien kommen. Diese umfassende Förderung und Hilfe setzt jedoch die notwendigen finanziellen und personellen aber auch baulichen Rahmenbedingungen voraus. In den letzten Jahren ist im wachsenden Maße beobachtbar, daß

durch Sparmaßnahmen unverzichtbare Bedingungen für die Förderung von Kindern im Kindergarten stark beeinträchtigt worden sind so z.B. durch:

- die Schließung von Gruppen - bzw. Einrichtungen,
- durch die Erhöhung der Gruppenstärken,
- durch Teilzeitarbeit von Erzieherinnen (im Sinne von erzwungener Teilzeitarbeit durch Gemeinden, Städte, Kirchen und Verbände)
- durch den Einsatz von ehrenamtlichen Tätigen, anstelle von bezahlten Fachkräften.

Alleine aus diesen aufgeführten Sparmaßnahmen ergeben sich auch für die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken folgende Forderungen:

- *Kein Abbau, sondern Verbesserung der fachlichen Standards der vorhandenen Einrichtungen,*
- *Verstärkung der Zusammenarbeit der Institutionen Kindergarten, Hort, Grundschule nach dem Prinzip der "Öffnung von Kindergärten",*
- *Ausbaus des Prinzips der Arbeit mit Eltern vor allem durch die Förderung neuer Wege in der Kooperation,*
- *die Öffnung des Kindergartens für eine gemeinwesenorientierte Arbeit, die den Kindergarten als sozialen Mittelpunkt für das Kind betrachtet und so ein zentrales Milieu für Kinder darstellt,*
- *die Verbesserung von Aus- und Fortbildung von MitarbeiterInnen im Kindergarten.*

Weitergehende Forderungen sind darüber hinaus:

- *Einrichtung eines gesetzlichen Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind,*
- *erheblicher Ausbau von Kinderhorten und - Krippen,*
- *die Integration von behinderten Kindern in den Kindergarten, Förderung der Kontakte behinderter*

*und nichtbehinderter Kinder,*

- *Nulltarif für den Besuch von Kindergärten, Krippen und Horte*

Insgesamt muß der Kindergarten sich aber auch dahin verändern, daß die Förderung von Mädchen unter Auflösung traditionell geschlechtsspezifischer Diskriminierung durch vorgegebene Rollen erfolgt.

## **b.) Schule**

Schule und Unterricht müssen demokratisch organisiert sein. Dies gilt für Inhalte und Methoden und bedeutet die Einbeziehung von Schülern, Eltern und Lehrern in die Entscheidungsprozesse der Schule.

Jedes Kind und jeder Jugendliche müssen als Subjekt ernst genommen werden mit ihren Bedürfnissen und ihren spezifischen Fähigkeiten, deren Förderung Ziel der Erziehung ist. Soziale Benachteiligungen müssen ausgeglichen werden.

Lerninhalte müssen sein Lesen, Rechnen, Schreiben, eine umfassende Grundbildung in Wissenschaft, Kunst, Sport und Literatur usw., aber auch Denk-, Urteils- und Kritikfähigkeit, Mündigkeit, Selbstbewußtsein und Selbstverantwortung, gesellschaftliches Bewußtsein und entsprechende Verhaltenweisen. Die Kinder und Jugendlichen sind im Geiste des Antifaschismus und des Antimilitarismus sowie zum Bewußtsein der eigenen Geschichte zu erziehen.

Ziele, Inhalte und Formen des Unterrichts müssen hinterfragbar und veränderbar sein. Das Lernklima soll geprägt sein durch Interesse, Eigeninitiative und gegenseitige Hilfsbereitschaft. LehrerInnen sind gleichberechtigte HelferInnen im Lernprozeß. Eine Bewertung der Leistungen durch restriktive Notengebung darf es nicht geben. Was zählt, ist der individuelle Lernerfolg jedes Einzelnen, jeder nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen! Jungen und

Mädchen müssen die gleichen Chancen und Möglichkeiten in der Schule haben. Das bedeutet, daß Mädchen und Jungen bei spezifischen Schwierigkeiten auch entsprechend gefördert werden. Insbesondere durch eine entsprechende Aus- und Weiterbildung müssen LehrerInnen in die Lage versetzt werden, Defizite, die durch geschlechtsspezifische Erziehung in der Familie entstanden sind, auszugleichen. Eine zentrale Bedeutung hat für uns das Prinzip der Koedukation als gemeinschaftliche Erziehung, d.h. die Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter zum Zweck eines solidarischen und verantwortlichen Umgangs miteinander. Schule soll stattfinden als Ganztagschule, ohne Hausaufgaben, mit einem umfangreichen Angebot, Freizeit zu gestalten.

Eine solche Schule ist unsere Utopie. Nur ein Lernen, das diesen Forderungen gerecht wird, kann Kindern gerecht werden!  
(siehe schulpolitisches Programm der SJD-Die Falken, im Folgenden wird nur die Grundschule näher betrachtet)

### c.) Die Grundschule

In der schulpolitischen Diskussion der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken hat die Grundschule eine stark untergeordnete Rolle gespielt. Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß die Grundschule in der bildungspolitischen Diskussion die erste Stufe der Einheitsschule darstellt. Die zentralen Forderungen nach Einheitlichkeit und Chancengleichheit sind in der Grundschule formal erfüllt und reduzierten den Diskussionsbedarf.

Stellt man die eigentlich wichtige Frage - die nach dem bildungspolitischen Auftrag der Grundschule - dann wird deutlich, daß es hier unterschiedliche Zieldefinitionen gibt.

Grundschule als eigenständiger Unterbau für getrennte Bildungssysteme: die Verfechter dieser These gehen von vier Grundschuljahren als einer besonderen Phase des kindlichen Reifungsprozesses aus, in der die Welt und das Leben kindlich-ganzheitlich und die Umwelt anschaulich-tätig erfaßt würden. Nach dieser Phase folgt ein Bedürfnis der bildungsfähigen Kinder nach planmäßigem, speziali-

siertem Lernen. Dieses Lernen mache eine äußere Differenzierung des Schulsystems mit drei oder mehr Bildungsgängen notwendig.

Grundschule als gymnasiale Vorschule für alle ist wohl die derzeitige Realität. Der zunehmende Leistungsdruck und die Zukunftsangst sowie die Tatsache, daß Eltern immer höhere Anforderungen an den Bildungsabschluß ihrer Kinder stellen, haben dafür gesorgt, daß sich Grundschule in ihren Anforderungen immer mehr am Leistungsstandard der Gymnasien orientiert.

Wir dagegen wollen die Grundschule als Grundstufe eines einheitlichen Schulsystems. Dieser Grundstufe soll die Orientierungsstufe und nachfolgend das Gesamtschulsystem folgen. Die formale Zusammenfassung aller Kinder in einer Schule bedeutet aber nicht zwangsläufig Chancengleichheit und soziale Integration. Sie ist vielmehr nur eine notwendige aber nicht ausreichende Bedingung. Daher wurde in der Reformphase der Begriff des kompensatorischen Charakters der Grundschule entwickelt. Hierzu gehörte die Einführung des Förderunterrichtes, das Zusammenwirken von Elementar- und Primarbereich, das Prinzip wissenschaftlichen Lernens in der Grundschule, die Frage der inneren und äußeren Differenzierung im Unterricht, die Ausrichtung des Unterrichts an individuellen Lernprozessen. In der bildungspolitischen Diskussion ist es notwendig, an diese Diskussion anzuknüpfen.

### d) Koedukation und Grundschule

Um die Gleichstellung von Jungen und Mädchen in koedukativen Schulen zu verbessern, fordern wir:

#### 1) *Veränderte Unterrichtsinhalte und Materialien*

- Untersuchungen zeigen, daß Lehrbücher Rollenstereotypen und sexistische Darstellungen enthalten. Diese müssen ebenso wie die Curricula dahingehend verändert werden, daß geschlechtsrollenstereotype Darstellungen vermieden und positive Identifikationsmöglichkeiten angeboten werden. Die gesellschaftliche und politische Rolle von Frauen und Mädchen in Geschichte und Gegenwart ist gleichrangig im Unterricht darzustellen und zu analysieren. Dies dient der

darzustellen und zu analysieren. Dies dient der Erweiterung von Wissen und Bewußtsein von Mädchen und Jungen und bietet den Mädchen betont andere, neue Identifikationsfiguren. Hierzu kann auch der Einsatz von Frauenliteratur im Unterricht beitragen. Die Gestaltung des Unterrichtsgeschehens darf nicht zum überwiegenden Teil auf die Situation der Jungen bezogen sein, sondern muß die Lebensrealität von Mädchen berücksichtigen.

## 2 *Verändertes Lehrer- und Lehrerinnen - Verhalten*

In der Pädagogen- und Pädagoginnenausbildung muß eine Sensibilisierung des Lehrpersonals für bisherige rollenspezifisch-diskriminierende Erziehungsmethoden erfolgen, bei der auch das Rollenverhalten der Lehrkräfte reflektiert und hinterfragt wird. Eine Möglichkeit zur positiven Kontrolle dieses theoretischen und praktischen Lernprozesses im Unterricht ist das Team-Teaching. Jede Schulklasse wird von je einem Lehrer und einer Lehrerin unterrichtet, um Fehlentwicklungen im "heimlichen Lehrplan" zu vermeiden und sich gegenseitig ein kritisches Feedback geben zu können.

## 3 *Berufsorientierung als Schulpflicht*

Im Hinblick auf eine Erweiterung des Berufsspektrums und damit zu einer möglichen Orientierung der Mädchen auch auf den gewerblich technischen Bereich ist es notwendig, frühzeitig in der Grundschule eine gegen die geschlechtsspezifisch ausgerichtete Berufs- und Lebensplanung gerichtete Erziehung einzuleiten. Dazu gehört unter anderem polytechnischer Unterricht, Technik-AG's, verstärkt gewerblich-technische Berufspraktika für Mädchen sowie eine bewußte Heranführung der Mädchen zur eigentlichen Berufswahl. Hierbei ist es wichtig, die Schüler und Schülerinnen über die typischen Frauenberufe und ihre soziale Benachteiligung (geringe Verdienstmöglichkeiten, hohe Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit usw.), aber auch ihre Funktion am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft kritisch zu informieren und die beruflichen Möglichkeiten und Erfahrungen von Mädchenausbildung in anderen Berufszweigen darzustellen.

## 4 *Lernprojekt*

Ergänzend zum bestehend Fächerkanon wird ein zusätzliches Lernprojekt eingeführt, in dem Jungen und Mädchen in zwei bis drei Wochenstunden getrennt voneinander besondere Hilfen zum Bewältigen ihrer geschlechtsspezifischen Benachteiligung bzw. Defizite erfahren. Dieses Förderungsangebot, das zeitlich befristet werden soll, muß für beide Geschlechter verpflichtend sein. Der Förderunterricht soll die Möglichkeit zur Aufarbeitung von inhaltlichen, sozialen Defiziten, aber auch im Lern- und Arbeitsverhalten - schaffen - Mädchen in naturwissenschaftlich-technischen Bereichen bzw. Jungen in musisch-ästhetischen- und im - Reproduktionsbereich (z.B. Kochen, Nähen, Kinderpflege). Hier werden also nicht nur bestehende Defizite abgebaut, es wird darüberhinaus eine wichtige Voraussetzung geschaffen, daß Männer und Frauen gleichberechtigt teilhaben am Produktions- wie auch am Reproduktionsbereich. Eine Benotung mit damit verbundenem Leistungs- und Konkurrenzdruck für diese Kurse lehnen wir ab.

## 5 *Keine Geschlechtertrennung*

*Eine Erziehung in geschlechtsgetrennten Schulen betrachten wir als sozialen und pädagogischen Rückschritt und lehnen daher reine Mädchen- bzw. Jungenschulen grundsätzlich ab.*

# Forderungen

- *Das Prinzip des wissenschaftlich-orientierten Lernens ist neu aufzugreifen. Die elementare wissenschaftliche Begriffsbildung und das naturwissenschaftliche Denken dürfen nicht zur Technikhörigkeit degenerieren.*
- *Das Prinzip des selbstgesteuerten Lernens muß Eingang in die schulische Alltagspraxis finden.*
- *Der kompensatorische Charakter der Grundschule darf sich nicht in der Abhaltung von Förderunterricht erschöpfen.*
- *Das individuelle Lernen und die individuellen Lehranforderungen machen die Ausgestaltung der inneren Differenzierung des Unterrichts notwendig. Dies darf nicht dazu führen, daß bereits in der*

*Grundschule Eliteförderung stattfindet. Vielmehr soll die innere Differenzierung den Schülern und Schülerinnen ihren breitgefächerten Fähigkeiten gerecht werden.*

- *Schule soll zur Verbreiterung der Erfahrungsräume für Schüler führen. Sie soll sich öffnen und das Wohnumfeld als Lernraum erschließen sowie Projektunterricht ermöglichen.*
- *Religionsunterricht gehört nicht in die Schule. Nur bei einer Öffnung der Schule im unterrichtsfreien Schulraum darf Religion genauso Zugang wie andere gesellschaftliche Gruppen und Jugendverbände erhalten.*
- *Nicht zuletzt muß die Grundschule auf das tendenzielle Verschwinden der Familie reagieren. Die Grundschule hat einen verstärkt pädagogischen Auftrag und muß Defizite familiärer Erziehung ausgleichen.*

### **Kurzfristige Forderungen :**

- *vermehrte Einstellung von Männern in der Grundschule, um den koedukativen Erziehungsansatz umsetzbar zu machen, jedoch zugleich in Leitungs- und Aufsichtsstellen (Rektorinnen, Schulrätinnen usw.) verstärkte Berücksichtigung von Frauen*
- *völlige Lehr- und Lernmittelfreiheit in den Schulen*
- *Übernahme des Fahrgeldes für Schüler und Schülerinnen*
- *Samstags schulfrei für alle Kinder*
- *Einführung eines polytechnischen Unterrichts*
- *Verbesserung der SchülerInnen-LehrerInnen-Relation*
- *Einführung einer "betreuten Grundschule" mit festen Öffnungszeiten (etwa von 8.00 bis 13.00 Uhr) mit Betreuung in den Freistunden durch qualifizierte Pädagogen und Pädagoginnen.*
- *sofortige Abschaffung der Hausaufgaben in der Grundschule*

- *Auflösung des Sonderschulwesens, keine Privat- und Eliteschulen*

- *Auflösung aller konfessionellen Grundschulen*

*Entscheidungsfreiheit der Kinder über die Teilnahme am Religionsunterricht schon in der Grundschule (solange Religionsunterricht noch an Schulen gesetzlich vorgeschrieben ist)*

- *Demokratisierung innerschulischer Willensbildung, Ausbau der Schülerrechte*

- *Abschaffung des Sitzenbleibens und der Notengebung,*

- *Einrichtung von Förderkursen,*

- *die Bildungsinhalte müssen an den Interessen, Erfahrungen und unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen der Schüler und Schülerinnen ansetzen, unter besonderer Hervorhebung des Lernens und der Erziehung zu gesellschaftlicher Verantwortung.*

- *Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule anstelle des dreigliedrigen Schulsystems.*

- *Solange die Gesamtschule als Regelschule für alle nicht realisiert ist, muß für den Besuch der Gesamtschule bei den Grundschulleitern frühzeitig geworben und die Einrichtung weiterer Gesamtschulen eingeleitet werden.*

- *Das fächerübergreifende, themenbezogene Projektlernen muß gegenüber dem fachbezogenen Unterricht weiter ausgebaut und bei der Auswahl der Inhalte die SchülerInnen verstärkt berücksichtigt werden. Hierzu gehört auch der Einbezug der Unterrichtsthemen und Probleme in das Umfeld/Stadtteil der Schule.*

- *Die Klassenräume sind zu wohnlichen Lern- und Werkstätten auszugestalten; mit Gruppentischen, Fensterbankgärten, Klassentieren, Klassenbibliothek, notwendigen technischen Geräten usw.*

- *Schulgebäude und Schulhöfe sind zu beispielbaren, Aktivität und Kreativität fördernden Lernumgebungen auszubauen. Verschwinden muß der häufig noch vorhandene*

*"Anstaltscharakter" der Schulgebäude. Ebenso müssen die langweiligen Asphaltflächen, die sich Schulhöfe nennen, umgestaltet werden.*

- *Das Warensortiment in den Schulkiosken ist den neusten ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen. Die gesundheitsschädlichen Produkte sind umgehend aus dem Sortiment zu entfernen.*
- *Der in Zusammenhang mit dem Schulbesuch stehenden zunehmenden medizinischen Behandlung von Kindern, Verabreichung von "schulfördernden Medikamenten" usw. ist durch entsprechende Informationen von Eltern und Ärzten entgegenzuwirken.*
- *weiterer Ausbau der Grundschule zur Integration aller Kinder, also auch Behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und entsprechender Einsatz von Sonderschullehrern und Sonderpädagogen.*

## 6. Mädchen

Die überkommene Rollenteilung zwischen Männern und Frauen wirkt in der schulischen und familiären Erziehung von Mädchen und Jungen weiter fort. Sie beginnt schon ab der Geburt: Jungen werden länger gestillt als Mädchen, später zur Sauberkeit erzogen und auch die Eßpausen, die Jungen beim Stillen zugestanden werden, sind grundsätzlich länger als die der Mädchen. Das heißt, daß Mädchen sich schon gleich nach der Geburt mehr unterordnen müssen als Jungen. Die geschlechtsspezifische Erziehung setzt sich dann weiter fort mit der Festlegung auf geschlechtsspezifisches Spielzeug, durch Kinder-sendungen im Fernsehen, die von Rollenklischees geprägt sind, und durch Bücher, in denen brave Mädchen die abenteuerlustigen Jungs bewundern.

So werden Mädchen weiter auf das Leben innerhalb der Familie vorbereitet, das Einüben von Mutter- und Hausfrauenfertigkeiten spielt eine wichtige Rolle in der Erziehung von Mädchen. Jungen kommt in

der Erziehung mehr die Ernährer- und Beschützerrolle zu. Besonders in Arbeiterfamilien und bei Alleinerziehenden werden vor allem Mädchen zu Hausarbeit herangezogen (In sogenannten Oberschicht-Familien werden weder an Jungen noch an Mädchen Anforderungen in der Hausarbeit gestellt).

In der Familie erleben die meisten Mädchen die traditionelle Rollenverteilung: Auch wenn die Mutter arbeitet, ist sie nach wie vor für die Kindererziehung und Haushalt zuständig. Die Situation von Mädchen in der Schule kann man nicht trennen von der Berufsperspektive, die sie erwartet. Zur Zeit erleben wir, daß Mädchen, obwohl sie auf dem Bildungssektor enorm aufgeholt und die Jungen in bestimmten Bereichen sogar überholt haben (sie erzielen im Durchschnitt bessere Noten als Jungen, verfehlen seltener die Versetzung in die nächste Klasse und erreichen häufiger "höhere" Schulabschlüsse), auf dem Arbeitsmarkt für diese Leistung kaum honoriert werden. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Umstrukturierung werden Mädchen wieder auf den geschlechtsspezifischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt zurückgedrängt. Darauf werden Mädchen in der Schule vielfach hingeführt. Auch als Ergebnis der vorherrschenden konservativen Ideologie und infolge eines traditionellen Frauenbildes werden Mädchen auf ihre Hausfrauen- und Mutterrolle sowie auf frauenspezifische Berufe orientiert. Es wird ein Verständnis vermittelt, nach dem der Beruf für die Frauen zweitrangig ist. Trotz der 400 Ausbildungsberufen werden 2/3 der Mädchen nur in ca. 20 Berufen ausgebildet. Aus Schulbuchanalysen, bei denen auch berufsrelevante Aspekte berücksichtigt werden, geht hervor, daß Frauen wenig Möglichkeiten für eine positive Identifikation erhalten.

Schulbücher sind für Kinder nicht nur Informationsquelle, sondern vermitteln ihnen gesellschaftlichen Normen und Einstellungen:

- Mädchen übernehmen oft passive Rollen und werden als phantasielos dargestellt, die stets auf Denkanstöße und Aktivitäten von Jungen angewiesen sind
- Frauen sind häufig als Hausfrauen und Mütter dargestellt bzw. üben typisch weibliche Berufe aus.

Die Erziehung zu geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen setzt sich auch im Umgang der Kinder

mit verschiedenen Spielmaterialien fort:

- Typisches Spielzeug für Mädchen sind immer noch Puppen, Haushaltsspielzeug, Spielzeug zur Schönheitspflege (Einübung der Mutterrolle und Hausfrauenrolle, Konditionierung auf ein "weibliches" Schönheitsideal)
- Typisches Spielzeug für Jungen bewegt sich im "technischen Bereich" wie Baukästen, Eisenbahnen, Computer, Computerspiele.

### **Kurz- und mittelfristige Forderungen:**

- *Schon in der Grundschule muß eine Berufsorientierung für Mädchen angeboten werden, die auch andere als die traditionellen Frauenberufe umfaßt.*
- *Überarbeitung von Kinderbüchern, Schulbüchern, Aufhebung der Rollenklischees und Schaffung von positiven Identifikationsmöglichkeiten,*
- *besondere Förderung und Verbreitung von Medien, die der geschlechtsspezifischen Erziehung entgegenwirken,*
- *in Kindergärten, Schulen soll die nötige Sensibilisierung für Mädchenspezifische Situationen erfolgen und sich in Lehrplänen, Lehrmaterialien, Bücher und Unterrichtspraxis wiederfinden,*
- *Lehrkräfte in Schulen, Schulverwaltungen müssen im gleichen Verhältnis Männer und Frauen sein (auf allen Ebenen),*
- *Ausbau von Krippen, Kindergärten, Horten und Ganztagschulen, damit Frauen und Männer Beruf und Familie (bzw. das Zusammenleben mit Kindern) besser vereinbaren können*

## **7. Sexuelle Mißhandlung von Kindern**

Trotz verstärkter Diskussion in den letzten Jahren ist die sexuelle Mißhandlung von Kindern eine Tabu-Thema in der Öffentlichkeit. In über 90% der Fälle sind Mädchen die Betroffenen. Ein Blick auf die inzwischen durch Untersuchungen gewonnenen Zahlen zeigt, wie dringend notwendig die Enttabuisierung dieses Themas ist. Laut Statistik des Bundeskriminalamtes werden jährlich ca. 300.000 Kinder, davon 279.000 Mädchen in der BRD sexuell mißhandelt. In Veröffentlichungen des Kinderschutzbundes und anderer Institutionen wird eine weitaus größere Zahl zugrunde gelegt. Etwa jedes 4. Mädchen und jeder 20. Junge erfährt nach diesen Publikationen sexuelle Mißhandlung in irgendeiner Art. Die wenigsten Fälle gelangen bis zur Anzeige und werden meistens "familienintern" verschwiegen.

Der Tatort sexueller Mißhandlung ist in den meisten Fällen die Familie. Der Täter ist dem Mädchen bekannt und stellt eine wichtige Bezugsperson dar. Zu 98% sind die Täter Männer (Statistik BKA 1987). Das Gros der Täter wird durch Väter und Stiefväter (zu 50% - 70%) gebildet, das restliche Drittel sind enge Verwandte, gute Bekannte, Freunde und Nachbarn. Die Täter gehören allen gesellschaftlichen Schichten an. Sie sind jung, alt, ledig und verheiratet.

Die Behauptung, daß nur solche Männer ihre Kinder sexuell mißhandeln, die sich auch sonst gewalttätig und brutal verhalten, hat sich als unzulänglich herausgestellt. Sexuelle Kindesmißhandlung geht auch von Männern aus, die in der Öffentlichkeit als über jeden Verdacht erhabene Familienväter gelten. Außerhalb der Familie stattfindende sexuelle Mißhandlung wird erheblich schneller angezeigt und härter bestraft, was sich zum Teil aus der gesellschaftlichen Bewertung der Familie, in der es keine sexuelle Mißhandlung geben darf, erklärt.

Hier wird die Struktur der Kleinfamilie dieser Gesellschaft, ihr autoritärer Charakter und die Rechtlosigkeit von Kindern besonders deutlich. Sexuelle Mißhandlung ist nur die Spitze eines Eisberges. Sie ist Ausdruck erheblicher Beziehungsstörungen in der Familie, beraubt dem Mädchen die unbedingte Fürsorge und Zuwendung, die es braucht, um eine sozial und sexuell eigenständige und selbstbewußte Persönlichkeit zu entwickeln.

Neben der Familienstruktur, die von konservativer Seite mit der "Keimzelle der Gesellschaft" verglichen wird und oft eine "Keimzelle der Gewalt" gegen Kinder und Frauen darstellt, sind die rechtliche Situation von Kindern und die geschlechtsspezifische Erziehung von Mädchen als weitere Ursachen für die Ermöglichung dieser Ausmaße der Gewalt von Männern an Mädchen anzuführen.

Vor sexuellen Übergriffen sind Mädchen in keiner Altersstufe geschützt. Dies gilt für den Säugling ebenso wie für Kleinkinder und Jugendliche. Am stärksten betroffen sind Mädchen im Alter von 6 - 12 Jahren, aber auch pubertierende Mädchen sind sexuellen Mißbrauchshandlungen in jeder Form ausgesetzt.

Typisch für die sexuelle Mißhandlung von Kindern ist die Häufigkeit, der lange Zeitraum und die Geheimhaltung der Geschehnisse. Letzteres verursacht eine erhebliche Drucksituation für die Betroffenen. Sie können und dürfen nicht darüber reden, sie werden mit Liebesentzug, Drohungen und/oder Gewaltanwendung unter Druck gesetzt oder schweigen aus Angst, Scham und Schuldgefühlen. Mit einer Unterstützung von außen können sie nicht rechnen, da sie immer wieder (sowohl durch die eigene Familie als auch durch Außenstehende) auf Unglauben, Ablehnung, Ratlosigkeit, Nicht-Wissen-Wollen oder auf Beschimpfungen stoßen.

## Forderungen

- *"Nein-Sagen" muß gelernt werden, die Ablehnung von unangenehmen Berührungen fällt aufgrund der geschlechtsspezifischen Sozialisation den Mädchen besonders schwer. Dieser Prozeß ist gezielt in Familie, Kindergarten, Schule und Freizeiteinrichtungen (Kinder- und Jugendverbände) zu fördern. Kinder, vor allem Mädchen müssen zur Selbstbestimmung erzogen werden.*
- *Die geschlechtsspezifische Erziehung ist zu verändern. Mädchen dürfen nicht zur Unterordnung und Jungen nicht zu Herrschern und Überlegenen erzogen werden.*
- *In Familie, Kindergarten, Schule, Freizeit ist eine offene Sexualaufklärung sowie eine Information über sexuellen Mißbrauch, Gewalt und Ausbeutung zu gewährleisten.*

- *Einrichtungen und Maßnahmen Hilfe für Kinder in Notlagen (Nottelefon, Kinderwohngruppen, Kinderschutzzentren, Mädchen und Frauenhäuser) sind zu unterstützen und auszubauen. Eine Vernetzung von Institutionen zu einem Hilfesystem ist anzustreben. Vorhandene Einrichtungen der Jugendhilfe, die zur Prävention und Krisenintervention beitragen, sind zu unterstützen.*
- *Eine für alle Kinder zugängliche Rechtsberatung (mit Juristen, Psychologen, Sozialarbeitern) ist flächendeckend einzurichten.*
- *Die Praxis der Strafverfolgung bei sexuellem Mißbrauch ist ausschließlich am Wohl des Kindes zu orientieren. Für Kinder ist gezielte Hilfe in öffentlicher Verantwortung erforderlich. Der Täter ist zu sanktionieren, nicht das Kind. Wenn die Kinder nicht die Familie verlassen, muß unbedingt eine therapeutische Betreuung der Familie erfolgen, je nach Lage und Möglichkeit in Einzelbetreuung (jede Familie für sich) und in (anonymer) Großgruppentherapie (mehrere Familien), sonst ist der Verbleib der Kinder in der Familie nicht zu vertreten.*
- *Bei Gerichtsverfahren müssen bisher die betroffenen Mädchen gegen ihren Vater etc. die Beweisführung aufnehmen. Dieses Verfahren ist zugunsten der Stärkung von Kinderrechten zu verändern und mit entsprechender therapeutischer Hilfe zu erleichtern.*

## 8. Ausländische Kinder

Die ausländischen ArbeitnehmerInnen waren und sind in weit stärkerem Maße als die Einheimischen den Folgen der industriellen Zyklen ausgesetzt. In Zeiten wirtschaftlicher Krise waren sie die ersten, die ihren Arbeitsplatz verloren und dann in ihre Heimatländer zurückgeschickt wurden. Eine noch schwächere Stellung haben die nachgezogenen Ehefrauen und Kinder der ausländischen Beschäftigten. Ihr Aufenthaltsstatus in der BRD ist zunächst an das Recht des Ehemanns und Vater gebunden und endet auch mit diesem. Die ausländischen Arbeitnehmer sind aufgrund ihrer rechtlichen Stellung in der BRD und wegen der sozialen und politischen

und Übersiedlern aus Osteuropa hat sich diese Situation noch dramatisch verschärft.

Ein immer größerer Anteil der ausländischen Menschen bleibt immer länger in der BRD, und ein immer geringerer Anteil will die BRD von sich aus in der nächsten Zeit verlassen. Von Normalität kann weder angesichts dieser rechtlichen Verhältnisse, noch angesichts des Verhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern gesprochen werden (kein Wahlrecht, Gefahr der Ausweisung bei Bezug von Sozialhilfe, Verbot des politischen Betätigens). Hier herrschen oft Mißtrauen, Ablehnung und sogar offener Ausländerhaß vor und verhindern weitgehend ein solidarisches Miteinander. Die Tendenz zu offener Ablehnung ist verstärkt in Zeiten der Krise und des damit verbundenen Arbeitsplatzmangels zu erkennen. Obwohl viele ausländische ArbeitnehmerInnen schon lange bei uns leben und in vielen Fällen schon die zweite und dritte Generation hier aufwächst, sind ihre Lebensbedingungen die von Menschen zweiter Klasse, sind die Wohnbedingungen schlechter als die deutscher Familien, erhalten die Kinder eine schlechtere Ausbildung. Nur ein geringer Anteil Kinder ausländischer Familien besucht Kindergärten, weiterführende Schulen oder Hochschulen und erhält eine qualifizierte Ausbildung. Bis jetzt sind ausländische ArbeitnehmerInnen von der demokratischen Willensbildung ausgeschlossen. Im Freizeitbereich haben ausländische Jugendliche in der Praxis viel weniger Möglichkeiten, obwohl sie formal gleichgestellt sind.

Für uns ergeben sich daraus folgende

### **Forderungen:**

#### **a) Im rechtlichen Bereich**

- *unbeschränkte Nachzugsrechte für Kinder hier lebender ausländischer Familien, unabhängig von Aufenthaltsdauer, Einkommen und Wohnungsgröße der Eltern*
- *das Recht auf Erwerb einer doppelten Staatsangehörigkeit für hier geborene Ausländer bzw. solche, die in der BRD leben und arbeiten*
- *Jedes Kind soll die Staatsangehörigkeit des Landes erwerben können, in dem es geboren wird bzw. lebt.*
- *die Aufhebung aller steuerlichen Benachteiligungen, wenn die Kinder im Heimatland leben*

- *Wegfall von Nachzugsbeschränkungen für Kinder*
- *Einführung des kommunalen aktiven und passiven Wahlrechts.*

#### **b) Im schulischen und vorschulischen Bereich**

- *Bedarfsgerechtes Angebot vorschulischer Einrichtungen (vorrangig Kinderkrippen, Kinderhorte und Kindergärten), die von ausländischen und deutschen Kindern gemeinsam besucht werden,*
- *muttersprachlicher Unterricht in allgemeinbildenden Schulen durch qualifizierte Lehrkräfte, die den deutschen Kultusbehörden unterstellt sind, Deutsch als erste Fremdsprache,*
- *Erhaltung und Förderung einer kulturellen Identität der ausländischen Kinder durch entsprechende Lerninhalte (Geschichte, Kultur, Politik, Wirtschaft, usw.) des Heimatlandes,*
- *an alle Lerninhalte ist die Forderung zu knüpfen, daß sie durch die Kultusbehörden überprüfbar bleiben,*
- *Zugangsmöglichkeiten zu allen weiterführenden Schulen,*
- *Ausbau der Gesamtschulen, die die Chancen für ausländische Kinder vergrößern helfen,*
- *Schaffung kleinerer Klassenstärken durch Einstellung arbeitsloser Lehrkräfte (ausländische und deutsche).*

#### **b) Im sozialen und kulturellen Bereich**

- *gezielte Maßnahmen, die einer Ghettoisierung entgegenwirken,*
- *Arbeitslosigkeit oder Empfang von Sozialhilfe dürfen nicht weiter Grund zur Abschiebung sein,*
- *die Pflege der heimischen Kultur muß unterstützt werden,*
- *verstärkte Berücksichtigungen fremdsprachiger Programme in Rundfunk und Fernsehen.*

- verstärkte Berücksichtigungen fremdsprachiger Programme in Rundfunk und Fernsehen.

#### d) Im Freizeitbereich

- Schaffung spezifischer Angebotsformen für ausländische Mädchen, die einerseits kulturelle Normen und Werte berücksichtigen, andererseits den Mädchen jedoch auch Möglichkeiten für eine autonome Entwicklung eröffnen. In unserer eigenen Arbeit als Kinder- und Jugendverband müssen wir uns verstärkt um die Aufnahme ausländischer Kinder in unseren Gruppe bemühen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil im Kampf um die Gleichstellung und gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit.
- Schaffung und Ausbau von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen mit ausreichendem Personal (durch geeignete ausländische MitarbeiterInnen) und materieller Ausstattung

## 9. Kinder arbeitsloser Eltern

Schon 1984 war bekannt, daß ca. 1,4 Millionen Kinder durch elterliche Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen betroffen waren. Diese Kinder sind bisher völlig außerhalb des Blickfeldes der Öffentlichkeit geblieben.

Nach vorläufigen Berechnungen des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsorientierung der Bundesanstalt für Arbeit) haben etwa 40% der deutschen Arbeitslosen in ihrem Haushalt Kinder bis unter 18 Jahren. 20% haben davon 2 und mehr Kinder in den Familien, bei ausländischen Arbeitslosen dürfte die Quote mindestens ebenso groß sein. Bedenkt man dann noch, daß im Laufe eines Jahres wesentlich mehr Menschen zumindest kurzfristig arbeitslos waren, als es eine Erhebung an einem Stichtag ausdrückt, dann steigt die Anzahl der von den Folgeproblemen betroffenen Kinder (wenn auch "nur" für kürzere Zeit) erheblich an. Auch bei den

Arbeitslosen der "Stillen Reserve" werden mit Sicherheit eine Vielzahl nicht erfaßter Kinder zu finden sein. Mittlerweile schätzt man aufgrund fehlender Erhebungen die Zahl der betroffenen Kinder auf ca. 2,1 Millionen.

#### Arbeitslosigkeit und Armut

Etwa jeder zehnte Haushalt der Arbeitslosen bezieht aus Versicherungsleistungen und anderen Quellen ein Einkommen, das auf Sozialhilfeniveau liegt. Fast die Hälfte aller Arbeitslosenhaushalte liegt mit ihrem Einkommen nur knapp über dem Sozialhilfesatz. Welche Folgen der Zwang zum Sparen und die materielle Not infolge Arbeitslosigkeit der Eltern für Kinder haben kann, wird aus den wenigen Untersuchungen überdeutlich.

Kinder erleben und verarbeiten die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in sehr unterschiedlicher Weise. Ein komplexes Gefüge von Lebensumständen bedingt verschiedene psychosoziale Folgen für die betroffenen Kinder.

In erster Linie sind es materielle und finanzielle Einschränkungen, die Kinder deutlich zu spüren bekommen:

- Mieten können nicht mehr bezahlt werden, Wohnungsverlust, Umzug in kleinere Wohnungen mit häufigem Verlust des eigenen Kinderzimmers sind oft die Folgen,
- Abnahme der Konsumfähigkeit mit Reduzierung von Taschengeld und Nachhilfe, fehlendes Geld für Schulmittel, Klassenfahrten, modische Kleidung, Disco, Freizeitgestaltung usw.

#### Folgen für die betroffenen Kinder:

Vielfach werden sie von Gleichaltrigen ausgegrenzt bzw. ziehen sich selbst zurück, um ihre Armut zu vertuschen. Arbeitslosigkeit isoliert, sie macht stumm - ein Ergebnis der Erwachsenenarbeitslosenforschung, das auch für die betroffenen Kinder gilt. Die fehlende modische Kleidung, die Nichtteilnahme an einer Klassenfahrt "wegen Krankheit", der erzwungene Wohnungswechsel führt zur sozialen Isolierung. Mit dem oft verbundenen Schulwechsel potenzieren

Erzwungene, ungewohnte Anwesenheit beider Eltern, zunehmende Konflikte und Belastungen führen vermehrt zu Trennungen, unter denen Kinder wiederum besonders leiden.

#### psychische Auswirkungen:

- Zunahme von Symptomen wie Nervosität, Konzentrationsschwäche, Bettnässen, motorische Unruhe, emotionale Labilität
- Leistungsabfall in der Schule
- Zunahme des psychischen Drucks auf die Kinder
- Verlust des Selbstwertgefühls

#### soziale Auswirkungen:

- soziale Isolation, Verlust von Freunden usw.
- Zunahme von Kinderarbeit, um das Familienbudget aufzubessern
- Zunahme von Kindesmißhandlungen
- Resignation und Zukunftsangst
- Zunahme von Diebstahl und anderen Delikten

## FORDERUNGEN

Der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit ist zugleich eine Auseinandersetzung für die Verbesserung der Lebenssituation der Kinder. Neben der zentralen Forderung "Abschaffung der Arbeitslosigkeit" stehen unsere folgenden kurz- und mittelfristigen Forderungen:

- *Die Zahlen der durch Arbeitslosigkeit ihrer Eltern (auch eines Elternteils) mittelbar betroffenen Kinder und Jugendlichen sind regelmäßig (mindestens 2-mal jährlich) zu erfassen und zu veröffentlichen, um eine reale Grundlage für die Entwicklung und Planung von notwendigen psychosozialen und materiellen Unterstützungsmaßnahmen zu haben.*

- *Die individuelle Schuldzuweisung für Arbeitslosigkeit ist zu bekämpfen und die gesellschaftlichen Ursachen sind herauszustellen, da ansonsten die Stigmatisierung sowie Selbstisolierung der Arbeitslosen und ihrer Kinder noch erhöht wird.*

- *die finanzielle Situation der Arbeitslosen und ihrer Familien ist mitentscheidend für den Umfang der psychosozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen und ihre Familienangehörigen. Jede materielle Schlechterstellung vergrößert die gesundheitlichen und psychosozialen Folgen. Deshalb sind die bisher vorgenommenen Verringerungen der Unterstützungszahlungen für Arbeitslose zurückzunehmen und eine ausreichende materielle Absicherung der Arbeitslosen und ihrer Familien sicherzustellen.*

- *Die materielle Absicherung der Arbeitslosen und ihrer Familien ist durch ergänzende Maßnahmen auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen, z.B. Sportanlagen, Kulturveranstaltungen und verschiedenes mehr sollten ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.*

- *Wir fordern den Nulltarif für Arbeitslose und die betroffenen Familien im öffentlichen Nahverkehr, damit sie sich ohne zusätzliche Kosten an o.a. Aktivitäten beteiligen können.*

- *Die Beratungs- und Betreuungsangebote für Arbeitslose und ihre Familienangehörigen sind zu verbessern. Insbesondere sind Konzeptionen zu entwickeln, bei denen Hilfsangebote den Betroffenen direkt zugute kommen. Institutionen, die erst aufgesucht werden müssen, reichen angesichts zunehmender Isolierung nicht aus.*

- *Personengruppen, die beruflich mit Arbeitslosen bzw. deren Kindern zu tun haben (z.B. SozialarbeiterInnen, PädagogInnen, ErzieherInnen, MitarbeiterInnen der Arbeits- und Sozial- und Gesundheitsverwaltung usw.), sind speziell zu diesem Problemfeld zu schulen.*

zial- und Gesundheitsverwaltung usw.), sind speziell zu diesem Problemfeld zu schulen.

- Die im pädagogischen Bereich mit Kindern Tätigen, insbesondere Lehrer/innen sind aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Arbeit intensiv mit den Ursachen und den Folgen der Arbeitslosigkeit auseinanderzusetzen. Das bewußte Eingehen auf diese Zusammenhänge und Abbau von Vorurteilen würde es den Betroffenen erleichtern, mit ihrer Situation umgehen zu können.
- Bessere Kontrolle des Verbots der Kinderarbeit durch die Gewerbeaufsicht.

## 10. Kinderarbeit in der BRD

Wenn man den Begriff "Kinderarbeit" hört, denkt man am allerwenigsten daran, dieses auf die Bundesrepublik zu beziehen. Diejenigen, die versuchen, die alltägliche Kinderarbeit in unserem Lande öffentlich anzuklagen, werden oft als Netzbeschmutzer betitelt. Dabei wird fast täglich in bundesdeutschen Zeitungen darüber berichtet (Kinder als Arbeitnehmer bei Modenschauen, als Verkehrszähler usw).. Jeder Mitbewohner in unserem Staate sieht täglich Kinderarbeit.

Bei einer hohen Arbeitslosigkeit, die nun schon seit mehr als 10 Jahren zu beklagen ist, und einer Verarmung eines Teiles der Bevölkerung gehört es auch hier dazu, daß Kinder gezwungen sind, zu arbeiten, um zum Familieneinkommen beizutragen.

Immer noch arbeiten viele Kinder in Kleinst- und Mittelbetrieben des Handels, Handwerks und vor allem in der Landwirtschaft, oft als mithelfende Familienangehörige. Bei einer Untersuchung im Arbeitsamtsbezirk Münster wurde festgestellt, daß mehr als 40% der befragten SchülerInnen regelmäßig arbeiten. Ca. 20 % aller Befragten übten Tätigkeiten aus, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen zur Kinderarbeit verstoßen, wobei zu berücksichtigen ist, daß ein fließender Übergang von erlaubter zur verbotener Kinderarbeit besteht.

Kinderarbeit lohnt sich auch heute noch für die Be-

triebe. Kinder verursachen geringe Lohnkosten und werden wegen ihrer Gefügigkeit geschätzt. Sie sind flexible Arbeitskräfte ohne soziale, rechtliche Absicherung. In der Münsteraner Untersuchung wurde festgestellt, daß zwei Drittel der Kinder (6200 SchülerInnen in dem Arbeitsamtsbezirk Münster), die gegenwärtig verbotene Kinderarbeit leisten, diese im Alter von 14 Jahren und älter begonnen haben. Viel erschreckender ist jedoch, daß das restliche Drittel (ca. 2000 Kinder) schon vor Vollendung des 14. Lebensjahres verbotene Kinderarbeit geleistet und 75 Kinder schon mit 9 Jahren begonnen haben, zu arbeiten. Untersuchungen für die BRD liegen nicht vor, jedoch kann davon ausgegangen werden, daß ca. 300.000 Kinder gegen Lohn mehr oder weniger regelmäßig arbeiten (Elke von der Haar/Heinrich von der Haar FH Berlin).

Die negativen Auswirkungen der Kinderarbeit auf Kinder sind sehr gravierend. Körperliche, gesundheitliche Gefährdung, hohe Unfallgefahren an den Arbeitsstätten (ca. 10% der arbeitenden Kinder erleiden mindestens einen Unfall), seelische, geistige und nervliche Schäden sowie dadurch bedingt auch schulische Schwierigkeiten.

Unterstützt wird Kinderarbeit und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in der BRD durch die konservative Bundesregierung durch Aufweichung des Jugendarbeitsschutzes.

### Forderungen:

- vollständiges Erwerbsverbot für Kinder, wofür sich die Arbeiterbewegung seit über 100 Jahren einsetzt,
- Streichung der gesetzlichen Ausnahmeregelungen für Kinderarbeit sowie der behördlichen Möglichkeiten, Ausnahmen zu erteilen,
- Einrichtung eines Geschäftsbereiches "Jugendarbeitsschutz" bei den Gewerbeaufsichtsbezirken,
- verbesserte materielle und personelle Ausstattung der Gewerbeaufsicht als Kontrollorgan,
- Bildung einer Sondergruppe, die kurzfristig und schwerpunktmäßig Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes kontrolliert und aufdeckt,
- Betriebe und Unternehmen, die Kinder im Sinne des Jugendarbeitsschutzes beschäftigen, sind mit hohen Bußgeldern zu belegen (mindestens 5.000 -

20.000 DM),

- *in allen Schulen sind im Unterricht Jugendarbeitschutz, Gewerbeaufsicht usw. zu behandeln,*
- *bessere Information der Eltern und Lehrer über die Auswirkungen von Kinderarbeit,*
- *mehr und unangemeldete Kontrollen der Gewerbeaufsicht,*
- *Einführung der Meldepflicht von Kinderarbeit, besonders bei Lehrern/innen,*
- *der Problembereich Kinderarbeit muß umfassen der Bestandteil der Kinderberichte werden.*

## 11. Kinder und Planung

Die Planung unserer Lebensräume hatte in den vergangenen Jahren erhebliche negative Auswirkungen auf die kindliche Lebensumwelt. Den Kindern sind, vor allem in den letzten 20 Jahren, sämtliche Freiräume, im wahrsten Sinne des Wortes, verbaut worden.

Stadt bedeutet für sie heute:

- *eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten durch ein zunehmendes Verkehrsaufkommen,*
- *Orientierung auf vorgegebene Handlungsspielräume (spielen auf dem Spielplatz, bolzen auf dem Bolzplatz, usw.),*
- *Unterlegenheit im Kampf um die Raumnutzung.*

Den Kindern bleibt im Bereich von städtischer Lebensumwelt jeweils nur die Alternative zwischen einem Dasein im "pädagogischen Ghetto" (Spielplatz, Kindergarten, usw.) oder sich andere Räume, Orte (z.B. Kaufhäuser) und Nischen in der Stadt zu eigen zu machen.

Zu diesen Veränderungen befragt worden sind sie, wie so viele andere Gruppen (z.B. alte Menschen), nie. Sie sind von der Gutwilligkeit der Planer abhängig und das auch in den Bereichen, die eigentlich ih-

nen allein gewidmet sein sollten.

Spielplätze z.B. entstehen nicht etwa in Zusammenarbeit mit Kindern, sondern am Schreibtisch, angepaßt an die geltenden Flächen- und DIN-Normen unter versicherungstechnischen Aspekten.

Es gilt nicht nur in diesem Bereich, die Interessen von Kindern mehr zu berücksichtigen. Mit dem Bau jeder Straße, jedes Parkplatzes, jedes Geschäftsviertels, usw. müssen sich Planer immer wieder deutlich vor Augen führen, daß sie damit Kindern Raum stehlen, besonders, wenn Planungen nur unter den Aspekten der bisher geltenden Nutzungs- (profitable Nutzung der Räume) und Planungskonzepte (Bürgerbeteiligung nur soweit es das Gesetz vorschreibt) abgewickelt werden.

Viele Planungen und Maßnahmen laufen selbst über die Köpfe von Erwachsenen hinweg, da nicht die Menschen, sondern finanzielle Belange in den Vordergrund gestellt werden.

Unter dem Aspekt der Daseinsfürsorge wird in den seltensten Fällen geplant und oft bedarf es langer Kämpfe bei unsinnigen Planungsvorhaben, hier z.B. vor allem im Bereich der Verkehrsplanung, bis sie auf Druck der Bevölkerung hin gekippt werden.

Kinder sind jedoch, im Gegensatz zu Erwachsenen, die über ganz andere Artikulationsmöglichkeiten verfügen, nicht in der Lage, solchen Druck zu erzeugen; und kaum jemand ist bereit und hat die Möglichkeiten, mit ihnen zusammen gegen bestimmte Planungen zu kämpfen.

Planungen müssen mit einer verstärkten Beteiligung aller von den Planungen Betroffenen, d.h. auch den Kindern abgewickelt werden.

Die zuständige Verwaltung sollte nicht nur reagieren (erst wenn sich in einem Gebiet z.B. die Kinderunfälle häufen, werden Maßnahmen zur Beseitigung des Problems getroffen), sondern vorbeugend mit den Bürgern zusammen die Gestaltung einer menschenwürdigen Umwelt entwickeln. Dazu ist es unbedingt notwendig, Planungen verständlicher zu machen. Dies ermöglicht es erst den Bürgern, sich konstruktiv daran zu beteiligen. Selbst in diesem Falle wäre es für Kinder schwierig, sich mit ihren Belangen Gehör zu verschaffen.

### Forderungen

- *eine stärkere Beachtung aller, insbesondere der Kinder, bei Planungen mit einer übergreifenden Einbeziehung von Verkehr, Spielen, Wohnen usw.. Ihre Interessen sollten weder dem Geldmangel noch der schwerpunktmäßig profitbringenden Nut-*

zung städtischen Grund und Bodens unterliegen.

- *mehr Bürgerbeteiligung über den gesetzlichen Rahmen hinaus, mit detaillierten Informationen über den jeweiligen Planungsgegenstand.*
- *Es müssen Strukturen im Verwaltungsbereich geschaffen werden, die eine aktive Beteiligung der Kinder (und Erwachsenen) an Entwürfen und Änderungen von Bebauungsplänen ermöglichen.*
- *Es müssen Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Planungen, die die Belange von Kindern angehen, geschaffen werden. Sie müssen Kindern Einblick und Einwirkungsmöglichkeiten geben (in für Kinder überschaubaren Rahmen im Stadtteil (Wohnbereich), Hort, Schule, Freizeiteinrichtungen, Verbandshäuser usw.)*
- *Kinderfreundlichkeitsprüfung für alle anstehenden Planungen. Hierzu gehören beispielsweise Verpflichtung zur Errichtung und Bereitstellung ausreichender Spiel- und Bewegungsfreiflächen, Freigabe aller beispielbaren Freiflächen (Garagenhöfe, Baulücken, Fußgängerzonen usw.. Sowie Einstellplätze für Autos nachgewiesen werden müssen, so müssen ausreichende Bewegungs- und Spielflächen für Kinder bei Planungen berücksichtigt werden.*
- *Grundlage für alle Planungen müssen kindgerechte, sichere Zugänge und Wegnetze sein (im Wohnbereich, Schule, Freizeiteinrichtungen, Spielbereiche). Bestehende Einrichtungen müssen darauf hin überprüft werden.*

## 12. Kinder und Verkehr

Der Autoverkehr hat in unseren Städten erhebliche Auswirkungen auf die Lebenswelt der Kinder. Mit der Zunahme des Autoverkehrs (in den Jahren 1975 bis 1986 hat sich der Kfz-Bestand in allen Groß-

städten um ca. 50% erhöht) wurden die Kinder von der Straße verdrängt und auf den engen Gehweg verwiesen, auf dem noch zusätzlich parkende Autos den Platz streitig machen.

In gleicher Weise mußten Freiflächen dem Straßenbau, als auch neuen Parkplätzen, um der "Parkplatznot" Herr zu werden, weichen. Damit wurde den Kindern nicht nur beispielbare Fläche genommen, das Leben in der Stadt wurde und wird für sie auch zunehmend gefährlicher und streßreicher. Die Bundesrepublik steht bezüglich der im Straßenverkehr getöteten Kinder im europäischen Vergleich an vorderer Stelle.

In diesem Zusammenhang soll besonders auf die Problematik der radfahrenden Kinder, die sich Tag für Tag durch den Verkehr wühlen müssen, hingewiesen werden. Vergleicht man den Anteil der Kinder im Altern zwischen 6 und 14 Jahren, die mit dem Rad verunglücken mit anderen Unfallkategorien, so ist die Zahl unverhältnismäßig hoch. Der Tatsache, daß ältere Kinder aufgrund ihrer größeren Selbständigkeit sich oft viel weiter von der Wohnung entfernen, um Orte aufzusuchen, "wo etwas los ist" und dazu das Rad benutzen, sollte bei der Straßenplanung mehr Rechnung getragen werden.

Zusätzlich zu den bereits genannten Folgewirkungen soll an dieser Stelle noch auf die, von Autos verursachten Emissionen und ihren Auswirkungen auf den kindlichen Organismus eingegangen werden.

Das Auto ist heute mit 60% an der Gesamtluftverschmutzung beteiligt, gar 90% des Kohlenmonoxids in der Stadtluft werden vom Auto erzeugt.

Der kindliche Körper reagiert auf eine solche Belastung besonders empfindlich. Folgende Schädigungen werden durch Kfz-Emissionen hervorgerufen:

- Blockierung des Sauerstofftransports im Blut, Kreislauferkrankungen, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwächen durch Kohlenmonoxide
- krankhafte Veränderungen in der Lunge durch Stickoxide
- Geschwülste und Krebs (u.a. durch Asbest)

Die Reduzierung der Schadstoffemissionen als auch des Individualverkehrs überhaupt kann politisch nur durch die Bundesregierung bundeseinheitlich geregelt werden. Innerhalb der Kommune sollten jedoch Politiker und Planer die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um die Folgen des derzeitigen hohen Verkehrsaufkommens für andere Verkehrsteilnehmer so gering wie möglich zu halten

und ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer zu fördern.

## Forderungen

- *ein flächendeckendes Verkehrsberuhigungskonzept für Wohngebiete,*
- *Einrichtung von Wohnstraßen, wenn möglich ohne Autoverkehr, andernfalls mit extra ausgewiesenen Spielflächen für Kinder,*
- *Schaffung von Spielzonen, Verbreiterung von Gehwegen, Gestaltung von Hauseingangsbereichen ,*
- *Anlegen eines zusammenhängenden eigenständigen Wegenetzes für Fußgänger und Radfahrer,*
- *Begrünung des Straßenraumes zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität und des Stadtklimas,*
- *wir fordern den absoluten Vorrang der öffentlichen Verkehrssysteme, z.B. Bundesbahn, S-Bahn und Straßenverkehr und hierfür den Nulltarif für Kinder,*
- *eine Reduzierung des Individualverkehrs.*
- *Weiterhin ist die sofortige Einführung eines Tempolimits (Tempo 30 in Wohnbereichen) und einer Abgasentgiftung für alle Fahrzeuge vorzunehmen.*
- *Sichere, kindgemäße Wegnetze, insbesondere Sicherung des Schulweges, zu Freizeiteinrichtungen usw.*

## 13. Kinder und Spielen

Noch vor 20 Jahren fanden Kinder gelegentlich in den Städten, trotz zunehmenden Flächenverbrauchs, Nischen vor, in denen sie ungefährdet spielen und ihren Bedürfnissen nach Eroberung ihrer Lebensumwelt freien Lauf lassen konnten. Sie konnten Hütten bauen, Fußballspielen auf Brachflächen, in verwilderten Gärten auf Bäumen herumklettern, usw.. Diese Nischen sind heute nicht mehr vorhanden. Sie sind anderen Nutzungen zugeführt worden, die

hauptsächlich den Erwachsenen vorbehalten sind. Dabei orientierte sich, da bebaubare Flächen in den Städten immer knapper wurden, die Flächennutzung immer mehr an ökonomischen Prinzipien und neuen städtischen Anforderungen. Zusätzliche Häuser, das erhöhte Kfz-Aufkommen machte neue Straßen, Parkplätze und die Umwandlung von Hinterhöfen in Garagenhöfe "notwendig". Freiflächen mußten dabei Beton und Asphalt weichen.

Auf die Belange von Kindern wurde dabei kaum Rücksicht genommen.

Viele Großstädte weisen heute einen Flächenverbrauch von dreiviertel überbaute Fläche auf. Dagegen betragen die Flächen für Spiel/Sportplätze und Freibäder, für Grünanlagen (öffentliche Parks, Friedhöfe und sonstige Anlagen) oftmals nur 6 - 10 % der Gesamtfläche .

Platz für Kinder bleibt in unseren Städten dabei nicht!

"Ab auf den Spielplatz" heißt es, wenn Kinder heute an Orten angetroffen werden, wo sie nach Meinung der Erwachsenen nicht zu spielen haben.

Jedoch abgesehen davon, daß es viel zu wenig Spielplätze gibt (1976 z.B. ermittelte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW in seinem Bericht über "Kinder in NRW" einen Fehlbedarf von über 70 %), weisen sie meist kein besonders hohes qualitatives Niveau auf.

Wieviel Spaß es den Kindern macht, auf einer meist sehr kleinen Fläche, an DIN-Normen ausgerichteten Geräten, ständig die gleichen monotonen Bewegungen auszuführen, sieht man an der Anzahl der Kinder, die sich nachmittags auf diesen Plätzen aufhalten. Meist sind es zumindest im Sommer jüngere Kinder mit ihren Eltern. Für ältere Kinder bieten die Spielplätze (auch wenn sie für diese Altersgruppe ausgerichtet sind) längst keinen Anreiz mehr. Dies gilt übrigens auch für die oft noch monotoneren zum Spielen freigegebenen Schulhöfe.

Kinder suchen sich andere Plätze, um ihrem Bewegungs-, Entfaltungs- und Erlebnisdrang nachkommen zu können. Dabei weichen sie oft auf für sie verbotene Flächen (Straßen, Bahndämme, Baustellen) oder Ersatzerlebniswelten wie Fernseher oder Video aus.

Es genügt nicht nur Qualität und Anzahl von Spielplätzen zu erhöhen, obwohl dies bereit erheblich zur Verbesserung der Lage von Kindern beitragen würde, sondern ihre Belange müssen auch bei der Gestaltung von Straßenräumen, Plätzen Fußgängerzonen, usw. Berücksichtigung finden, um spontanes

Spiel in Ansätzen in den Städten wieder möglich zu machen.

Spielen ist für Kinder mehr als nur Zeitvertreib. Es ist die kindgemäße Art, sich Umwelt anzueignen und mit ihr fertig zu werden. Ein Kind, das ständig in seinem Entfaltungsdrang gebremst wird, verlernt in vernünftiger Weise mit der Umwelt umzugehen, wird schließlich unsicher, gehemmt oder aggressiv. Hinzu kommen körperliche Schäden, wie Haltungs- und Kreislaufschäden durch Bewegungsmangel.

## Forderungen

- Überprüfung der bereits bestehenden Flächennutzungspläne der Kommunen auf Kinderfreundlichkeit,
- Schaffung von neuen sinnvollen Spiel- und Freiflächen z.B. Abenteuerspielplätzen, naturbelassenen Freiflächen, etc.,
- Errichtung von Naturspielplätzen,
- Einrichtung einer mobilen Spielplatzbetreuung, um an einzelnen Tagen die vorhandenen Spielmöglichkeiten gezielt auszuweiten und die Attraktivität der Einrichtungen zu erhöhen,
- Untersuchung vorhandener Spielflächen (Spielplätze, Schulhöfe, etc.) auf ihre Nutzbarkeit und Attraktivität für Kinder,
- Einrichtung von Wasseranschlüssen auf den Spielplätzen und ergänzenden Angeboten auf den Plätzen durch Spielcontainer oder Spielkisten, die durch Eltern (Spielplatzpatenschaften) verantwortlich betreut werden,
- Einrichtung einer "Spielothek", bei der sich Kinder Spielsachen, insbesondere solche, die bei privater Anschaffung für viele Familien zu teuer sind, ausleihen können; ausleihbar sein sollten dabei auch Materialien für Kinder- und Spielfeste,
- eine strengere Kontrolle privater Spielflächen (z.B. nach §9 Abs.2 der Landesbauordnung NRW),
- Erarbeitung kommunaler Spielplatzsatzungen vor allem in Bezug auf die vorgeschriebene Ausstattung (bzw. Überarbeitung bestehender Spielplatzsatzungen),
- regelmäßige Erstellung von Entwicklungsplänen

über Spielflächen (z.B. im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung als Unterabschnitt Spielplatzbedarfsplanung ),

- Erarbeitung von städtebaulichen Rahmenplänen für Problembereiche, in denen die Spielflächensituation und das erforderliche Spielflächenkonzept dargelegt wird,
- Nutzbarmachung jeglicher Art von innerstädtischen Freiflächen (Lücken, Winkel, Höfe, Plätze, freie Gelände, Baulücken usw.) als Spiel-Räume für alle Altersklassen, die integrierter Bestandteil von Stadtteil-Leben sind,
- bei Stadtsanierungen etc., Planungen von Fußgängerzonen müssen Spielmöglichkeiten, bespielbare Kunstobjekte, Brunnen usw. mitberücksichtigt werden.

## 14. Kinder und Wohnen

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Da aber Grund und Boden als nicht vermehrbare Ware nach wie vor den Marktgesetzen unterworfen ist, orientiert sich auch die Wohnungswirtschaft am Prinzip der Profitmaximierung; selbst im sozialen Wohnungsbau hat von daher die Miete oft eine Höhe erreicht, die für viele Familien nicht mehr bezahlbar ist. Darüberhinaus trifft die aktuelle Wohnungsnot in unserem Land in einem erheblichen Maß Familien mit Kindern.

Für Kinder ist der Wohnbereich von besonderer Bedeutung, da sich dort der überwiegende Teil ihrer Kindheit abspielt. Haben Eltern überhaupt eine bezahlbare Wohnung gefunden, so treffen die Kinder auf "genormte" Räume, die kindgemäßen Bedürfnissen in keinsten Weise Rechnung tragen. Dies dokumentiert insbesondere die feste Funktionszuteilung in den Wohnungen, wobei das Kinderzimmer sanktioniert durch die DIN-Norm 18011 immer zu den kleinsten Räumen zählt. Im Mittelpunkt steht das nach Repräsentationsgesichtspunkten geplante Wohnzimmer, das oft ein Drittel und mehr der ge-

samten Wohnfläche ausmacht. Dies auch zu Lasten der Küche, die immer noch einen wichtigen Raum für die innerfamiliäre Kommunikation darstellt; oft ist sie mittlerweile in einem Maße verkleinert worden, daß sie diese Funktion nicht mehr übernehmen kann. Die beengten Verhältnisse machen es oft unmöglich, daß Kinder ihre Freunde mit nach Hause bringen können.

Insbesondere bei Hochhaussiedlungen wird die Vernachlässigung von Kinderinteressen besonders deutlich. Die Entfernungen machen einen Blickkontakt zwischen Eltern und (Klein)Kindern unmöglich, Klingelknöpfe und Aufzugknöpfe sind für kleine Kinder unerreichbar. Spielräume fehlen, da sie als nicht gewinnbringende Raumnutzungen eingeschätzt werden. Die Spielplatzmöglichkeiten in den Außenanlagen beschränken sich auf die vorgeschriebenen, viel zu gering bemessenen Mindestanforderungen.

Dem entspricht, daß auch ein Großteil der bezahlbaren Kindermöbel wenig robust oder gar kreativ gestaltet ist; man produziert halt Erwachsenenmöbel im verkleinerten Maßstab.

## Forderungen

- *Beim Wohnungsbau sind alle Fördermöglichkeiten zugunsten von Kindern auszuschöpfen. Die Wohnungsgrundrisse sowie Details in den Wohnungen/Wohnhäusern sind stärker auf die Bedürfnisse der Kinder auszurichten: z.B. größere Kinderzimmer, niedrige Türklingeln und Aufzugknöpfe, Wasserablauf im Badezimmerfußboden, Platz für Kinderwagen, Roller und Fahrräder im Treppenhaus bzw. in einem eigenen Raum, Sicht- und Türverbindung zwischen Küche und Spielraum/Kinderzimmer, Brüstungshöhe im Kinderzimmer nur 50 cm, um Blickkontakt nach außen zu ermöglichen, Erdgeschoßwohnungen mit Gartenhöfen statt Balkonen, verbesserter Schallschutz.*
- *Die Begrenzung von Neubauten auf Dreistöckigkeit, zumindest bei Wohnungen für Familien mit Kindern. Anzustreben ist eine Architektur, die Kindern den direkten Zugang von ihrem Wohnraum - der möglichst nach Süden und auf der von der Straße abgewandten Seite der Wohnung liegen sollte - in ein kindgerechtes, beispielbares Wohnumfeld ermöglicht.*
- *Die Errichtung von Gemeinschaftsspielräumen in*

*Neu- und Altbauten, insbesondere in stark verdichteten Wohnlagen.*

- *Die Verwendung von gesundheitsneutralen Baustoffen.*
- *Bei der Wohnraumplanung ist keine Zuteilung bestimmter Funktionen zu den einzelnen Zimmern vorzunehmen; die Funktionsfreiheit ist Voraussetzung für eine variable Wohnungsaufteilung.*
- *Da Herstellung und Verzehr von Mahlzeiten in der Küche einen hohen Sozialwert haben und sie häufig den wichtigsten Treffpunkt für die Familie darstellt, sollte dieser Stellenwert auch bei der Planung der Küchengröße stärker als bisher berücksichtigt werden.*
- *Jedes Kind soll ein eigenes Zimmer haben.*
- *Kinderzimmermöbel sollten funktionsgerecht und widerstandsfähig sein und dem Wachstum der Kinder angepaßt werden können.*
- *Kenntnisse über den Zusammenhang von kindlicher Entwicklung und dem Wohnen sollten verstärkt im Rahmen der Beratung, der Erwachsenenbildung und Elternarbeit vermittelt werden.*

## 15. Kinder und Umwelt

### a) Kinder und Gesundheit

Kinder sind von ungesunden Umweltbedingungen besonders hart betroffen. Kinder sind nicht nur einfach "kleine Erwachsene". Ihr Organismus reagiert auf schlechte Umweltbedingungen teilweise anders, zumindest wesentlich empfindlicher als der von Erwachsenen. Nur noch 10.% der kranken Kinder erkranken an den bisher typischen Kinderkrankheiten. Der Rest leidet an umweltbedingten Erkrankungen, z.B. Bronchial- oder Hauterkrankungen, Allergien, Pseudokrapp, psychosomatische Erkrankungen. Gegen diese Erkrankungen verschreiben immer mehr Ärzte Medikamente, durchschnittlich 6 Medikamente pro Jahr für Kinder bis zu 12 Jahren. Darunter ist ein erschreckend hoher Anteil von Mitteln, die für Kinder nicht geeignet sind (häufig auch Psychopharmaka). Bezeichnend hierfür ist, daß Gesund-

heitspolitik sich nicht an den Ursachen von Krankheiten und Möglichkeiten ihrer Vermeidung orientiert, sondern am Kurieren von Krankheitserscheinungen.

Unsere Forderungen zielen darauf ab, allen Kindern ein Leben in einer gesunden Umwelt zu ermöglichen. Darüber hinaus streben wir an, daß Kinder wieder Gelegenheit bekommen Natur zu erleben, Einblicke in Naturabläufe erhalten und einen schonenden und verantwortungsvollen Umgang mit der Natur erlernen. Ein Teil unserer Forderungen für eine Umwelt, die der Entwicklung unserer Kinder förderlich ist, setzt langfristige Planungen voraus, die unabhängig vom privatem Profitstreben durchdacht werden müssen.

Zahlreiche Umweltgifte in der Luft, im Wasser und im Boden schädigen biologisches Leben insgesamt, also nicht "nur" Wälder, Flüsse und Seen, sondern auch den Menschen direkt.

Studien über Belastungsgebiete in der Bundesrepublik weisen nach, daß bei sogenannten Risikogruppen, und dazu gehören alte Menschen, Kranke und vor allem Kinder, die Krankheitsanfälligkeit deutlich erhöht ist.

Bekannt ist, daß durch die Luftverunreinigung Herz- und Kreislaufstörungen, Nervenschäden und vieles andere mehr zugenommen haben. Gerade im Ruhrgebiet ist der Anteil der Kinder, die an Pseudo-Krupp, einer tückischen Atemwegserkrankung, erkrankt sind, sehr hoch.

Schon seit langem wird beobachtet, daß das menschliche Immunsystem zur Abwehr von Krankheiten in Folge der vielfältigen und andauernden Umweltverschmutzung immer schwächer wird. Besonders bei Kindern kommt es infolge eines ohnehin noch nicht voll funktionsfähigen Immunsystem häufig zu allergischen Reaktionen.

Es gibt neugebaute Siedlungen (z.B. auf ehemaligen Industriegebieten), in denen Eltern dringend davor gewarnt werden mußten, ihre Kinder in den Gärten spielen zu lassen (verseuchter Boden, vergiftete Luft usw.) . Dies erscheint nur als Spitze eines Eisberges. Es droht den Kindern eine schleichende, wenn nicht akute Gefahr beim Spielen im Freien. Zudem finden viele nach Spielflächen suchende Kinder die letzten für das Spielen so geeigneten Freiflächen als wilde Kippen mißbraucht vor.

Bei den vielfältigen Formen der Umweltverschmut-

zung sind Eltern plötzlich erkrankter Kindern bei der Suche nach der Ursache häufig überfordert. Spätesten bei einem unvermeidbarem Besuch bei einem Kinderarzt wird deutlich, welch eine Unterversorgung es mit Kinderärzten gibt. In den meisten Krankenhäusern gibt es keine auf Umweltschäden spezialisierte Kinderfachabteilung, einen kinderärztlichen Notdienst suchen besorgte Eltern oft vergebens.

## Forderungen

- *Keine weitere Ansiedlung von Betrieben, die Umwelt zusätzlich belasten.*
- *Die Industrie ist stärker auch durch kommunale Stellen zu kontrollieren.*
- *Angefallene Schadstoffbelastungen - auch Altlasten- sind restlos durch die verursachenden Industriebetriebe zu beseitigen.*
- *Ein Umweltschutzbericht ist mit der Untersuchung von Gefährdungen von Kindern für jede Stadt zu erstellen.*
- *Kinderspielplätze, Schulen und Kindergärten und Freiflächen, "Baulücken" sind auf die Gefährdung von Kindern durch Umweltgifte zu untersuchen.*
- *Alle umweltbedingten Kinderkrankheiten sind durch das Gesundheitsamt zu erfassen und zu veröffentlichen.*
- *Ein kinderärztlicher Notdienst ist einzurichten.*
- *Eltern müssen bei Krankenhausaufenthalten ihrer Kinder die Möglichkeit haben, bei den Kindern zu bleiben (zu übernachten)*
- *Ein Projekt "Kinder und Umwelt " zur Umwelterziehung ist einzurichten. Neben der kindgerechten Möglichkeit, Sondermüll abzugeben (z.B. in Schulen, Kindergärten, Stadtbüchereien) und Umweltschäden zu melden, sollen vielfältige Formen der Umwelterziehung durch Veranstaltungen, Ausstellungen, Wettbewerbe etc. angeboten werden.*
- *Kennzeichnungspflicht für alle Produkte*
- *Gesundheitserziehung für Kinder*
- *Festlegung von Schadstoffgrenzen, die sich an der Gesundheit der Menschen, vor allem der Kinder,*



überwiegende Anteil der Lebensmittel stammt heute aus industrieller Fertigung und eine schadstofffreie Nahrungsmittelerzeugung ist kaum in Sicht. Obwohl die Auswirkungen vergifteter Nahrung bekannt sind, wird die Produktion in bewährter Weise aufrechterhalten und weiter ausgebaut. Dabei sollen Grenzwerte der Gifte in Nahrungsmitteln als Beruhigung dienen; Grenzwerte, die am "Normmenschen 75 Kg schwer usw." orientiert und höchst zweifelhaft sind. Dabei wird rigoros über die Auswirkungen auf den kindlichen Organismus hinweggegangen, der erheblich anfälliger ist und anders auf die ständige Giftzufuhr reagiert. Hinzu kommt, daß Kinder im Verhältnis zum erwachsenen Menschen eine größere Nahrungsmittelaufnahme haben (sie wollen schließlich "groß" werden) und durch die Schadstoffe noch mehr betroffen sind.

#### **Forderungen:**

- *Ernährungserziehung nach neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen muß Bestandteil der Erziehung im Kindergarten und Grundschule sein,*
- *Ernährungserziehung für Eltern in allen Medien, kostenlose Bildungsangebote in allen Kommunen z.B. in Volkshochschulen usw.*
- *Das Warensortiment in den Schulkiosken ist den neusten ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen. Die gesundheitsschädlichen Produkte sind umgehend aus dem Sortiment zu entfernen.*
- *Verlängerung der "großen" Pausen an den Schulen*
- *alle Grenzwerte von erlaubten Zusatzstoffen müssen sich am kindlichen Organismus orientieren*
- *Kennzeichnung aller Zusatzstoffe in allen Nahrungsmitteln und verständliche Darstellung der besonderen Gefährdungen für die Gesundheit von Kindern*
- *Verbot der an Kinder gerichteten Werbung für Süßwaren und "Fast food".*
- *Zusatzstoffe, Konservierungsstoffe usw. sollen erst dann angewendet werden dürfen, wenn ihre völlige gesundheitliche Unbedenklichkeit erwiesen ist.*

## **16. Kinder und Kultur**

Der Kulturbegriff ist einer der umstrittensten Begriffe der Geisteswissenschaften. In diesem Zusammenhang genügt es, Kultur als einheitliches System von Erscheinungen zu begreifen, das Wissenschaft, Religion, Kunst, Normen und Werte, Gewohnheiten und Fähigkeiten der Menschen umfaßt. Kultur meint gleichermaßen den Prozeß wie das Ergebnis der Aneignung der (Um)-Welt durch den Menschen. Mit diesem Verständnis von Kultur wird der Aspekt der sozialen Aneignung von Kultur, der Sozialisation in den Vordergrund gestellt. Dadurch erhält das Thema Kind und Kultur eine besondere Wertigkeit. Kultur umfaßt also mehr als Literatur, Theater, Musik, Bildung, alte und neue Medien.

Der umfassende Begriff von Kultur hat die Kultur vom Rand der Gesellschaft in das Zentrum aller Überlegungen eines Zusammenlebens von Menschen gerückt. Kulturelle Fähigkeiten sind Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Status. Eine umfassende kulturelle Bildung wird somit ein Beitrag für mehr Chancengleichheit. Kulturelle Bildung ist allerdings nicht vermittelbar wie eine schulische Disziplin. Besonders für kulturelle Bildung sind kindgerechte, spielerische und zwanglose Formen gefordert.

Das erfordert ein Umdenken in der Kulturpolitik und bei den Angeboten der Jugendhilfe. Dezentral orientierte Strategien, wie die Aktivierung von Stadtteilen und Gemeinwesen sind gefordert. In der Lebenswelt der Kinder muß das Wohnumfeld selbst zum kulturellen Stützpunkt werden, der interessiert, provoziert, unterhält, aber auch Wohlbefinden und Nachdenken fördert. Angebote, die in den kulturellen Reichtum von Literatur, Theater, Musik, Filmkunst und bildende Künste einführen, sind dabei genauso wichtig wie neue und neu zu entwickelnde kulturelle Formen.

Wir wollen, daß Kinder sich aktiv, kritisch und solidarisch mit ihrer Umwelt auseinandersetzen können. Ihre Lebensgestaltung soll ihre persönlichen wie gesellschaftliche Emanzipationsprozesse voranbringen. Eine solidarische, sozial gerechtere Gesellschaft braucht kritische, vielseitig entwickelte, fantasievolle und aktive Persönlichkeiten. In diesem Zusammenhang muß allen Strömungen für eine konsum- und kommerziell orientierte Kinderkultur entschieden

entgegengetreten werden.

Die Entwicklung von Medien, der Einsatz von neuen Medien in allen gesellschaftlichen Bereichen (Computerisierung) sind gesellschaftliche Realitäten und Ausdruck ihrer Kultur. So eröffnen die neuen Informationstechnologien auch neue kulturelle Formen. Deshalb wollen wir, daß Kinder in diesem Bereich eine umfassende Kompetenz erlangen. Wir wollen, daß Kinder eigenverantwortlich ohne Abhängigkeiten und Ängste mit diesen Medien umgehen lernen. Dazu muß die medienpädagogische Arbeit gezielt gefördert werden.

### a) Kinder und Bücher

Kinder haben immer weniger mit dem gedruckten Wort zu tun (z.B. gestiegener Videokonsum). Aufgabe der Kulturpolitik muß es daher sein, den Umgang mit der unverzichtbaren Kulturtechnik "Lesen" nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und Animationen anzubieten, damit Kinder Zugang zum Lesen bekommen.

Mit eigenen pädagogischen BüchereimitarbeiterInnen und einem qualifizierten Programm sollten u.a. in Büchereien spezielle Angebote für Kinder erarbeitet werden. Oft finden in Verbindung mit den Schulen Autorenlesungen statt, die z.T. in den Büchereien oder in Schulen durchgeführt werden. Gelegentlich kommen auch andere Formen, wie Figurentheater oder Spielgruppenangebote hinzu. Insgesamt gesehen stehen für Kinderkultur-Veranstaltungen in fast allen Kommunen - wenn überhaupt - nur wenige Mittel zur Verfügung, von denen dann wiederum ca. 50% für Jugendveranstaltungen ausgegeben werden.

### Forderungen

- *Analyse der Nutzung von Büchern durch Kinder,*
- *Einstellung pädagogischer MitarbeiterInnen in den Büchereien, um Kinder durch geeignete Maßnahmen zum Lesen zu animieren,*
- *Nutzung der Kinderzeitschriften in Schulen, öffentlichen Einrichtungen, Büchereien,*

- *Besondere finanzielle Förderung von nichtkommerziellen Kinderzeitschriften,*
- *Durchführung eines Projektes "Kinderzeitung", z.B. im Rahmen einer Ferienaktion etc...,*
- *Förderung von außerschulischen Schreib- und Lesewettbewerben, Anregungen zu eigenen Schreibfähigkeiten,*
- *bessere finanzielle Ausstattung der Etats von Kinderbüchereien,*
- *Nulltarif für die Benutzung der Büchereien von Kindern,*
- *kindergerechte Ausstattung der Büchereien,*
- *besonders im ländlichen Raum Einrichtung von mobilen Kinderbüchereien,*
- *Überprüfung aller Kinderbücher hinsichtlich geschlechtsspezifischer Rollenvermittlung und Gewaltdarstellungen sowie Schaffung eines Angebotes mit positiven Identifikationsmöglichkeiten.*

### b) Kinder und Theater

In vielen Städten und Gemeinden finden Kindertheaterveranstaltungen statt. Hinzu kommen gelegentliche Kindertheateraktivitäten der Vereine, Jugendverbände und anderer Organisationen.

Insgesamt sind die geringen Finanzmittel, die in den ohnehin knapp bemessenen Kulturretats für Kinderveranstaltungen vorhanden sind, zu kritisieren. Es fehlt oft an einer Koordination der angebotenen Aktivitäten und an einem inhaltlichen Konzept, das versucht, auch unter den gegebenen Bedingungen eine kritisch-emanzipatorische Kindertheaterkultur entstehen zu lassen.

Die Veranstaltungsorte sind oft nicht kinderfreundlich, wie z.B. für viele Kinder schlecht zu erreichen, usw. (hier potenzieren sich die Probleme im ländlichen Bereich)

### Forderungen

- *Dezentralisierung der Kinderkulturaktivitäten in die Stadtteile mit der notwendigen, finanziellen Förderung,*
- *Schaffen von Kontinuität durch regelmäßige An-*

gebote,

- Koordination der kinderkulturellen Angebote,
- Durchführung von Kindertheaterwochen mit Schwerpunktthemen und kritisch-emanzipatorischen Kindertheatern,
- besondere Berücksichtigung der ländlichen Regionen.

Grundschulalter verfügt bereits über ein eigenes Gerät.

- Bei den Videorecordern liegt die Haushaltssättigung bei etwa 50%. Der aktive Umgang mit Video ist allerdings sehr selten; nur in rund 2% aller Haushalte gibt es bislang eine Videokamera.
- In jedem Haushalt befinden sich statistisch gesehen zwei Rundfunkgeräte; fast jede/r 12-15 Jährige besitzt ein eigenes Radio
- Ähnlich sieht es aus im Bereich der sonstigen Musikgeräte wie Walkman, Cassettenrecorder, Plattenspieler oder Stereoanlagen; die Mehrheit der Kinder verfügt mindestens über eines dieser Geräte.

## 17. Kinder und (neue) Medien

In diesem Bereich unserer Gesellschaft haben sich in den vergangenen Jahren umwälzende Veränderungen vollzogen. Möglich wurden diese Veränderungen durch die technologische Entwicklung gerade im Bereich der (Mikro-) Elektronik und insbesondere durch die Digitalisierung. Dies gilt sowohl für die abstrahlende, sendende Ebene wie für den Bereich der Empfangsgeräte. Hier nur eine kurze und unvollständige Auflistung der neuen Entwicklung: Bildschirmtext, Videotext, Kabelfernsehen, Satellitenfernsehen, Lokalfunk und Computer.

### a.) Fernsehen

Die zunehmende Verbreitung der entsprechenden Geräte wurde zusätzlich durch die laufende Verbilligung durch immer effektivere Produktionsmöglichkeiten unterstützt. Damit hat dieser Markt zunehmend an ökonomischer Bedeutung und an Interesse bei Kapitalanlegern gewonnen.

Diese Entwicklung hat in Hinblick auf den Gerätebesitz zu folgender Situation geführt:

- In mehr als 99% aller Haushalte steht zumindest ein Fernseher; in jedem zweiten Haushalt befinden sich statistisch gesehen sogar zwei Fernseher.
- Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die persönlich ein Fernsehgerät besitzen, ist immer weiter angestiegen; etwa jedes dritte Kind im

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, daß die Mehrheit der aktuellen Untersuchungen einen Anstieg des Medienkonsums bei Familien, gerade auch bei jüngeren Kindern, aufweisen. Insbesondere gilt dies für Familien, die über einen Kabelanschluß verfügen. Entsprechende Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Dortmunder Kabelpilotprojekt (Institut für Schulentwicklungsforschung, Dortmund) weisen eindeutig aus, daß in den verkabelten Familien ein gestiegener Fernsehkonsum und gleichzeitig weniger andere Freizeitaktivitäten zu verzeichnen sind. Der Anstieg bei der Altersgruppe bis 3 Jahre lag sogar bei fast 100% der Fernsehdauer; während die 7 bis 9-jährigen Kinder ihre Fernsehdauer immer noch um 40% auf 113 Minuten pro Tag steigerten. Bei verkabelten Familien wurde darüberhinaus festgestellt, daß häufiger mit der Erlaubnis zur Fernseshnutzung belohnt oder bestraft wird und die Eltern den Kindern wesentlich häufiger empfehlen fernzusehen, wenn sie sich nicht um sie kümmern können. Fehlende, alternative Freizeitmöglichkeiten führen gerade bei Kindern zu stark erhöhter Nutzung des Fernsehen.

Die heutige Medienindustrie hält den einzelnen ununterbrochen in Atem: Auf jedem Kanal wartet eine noch perfektere Inszenierung, die man nicht verpassen darf. Kinderprogramme werden immer mehr zur Ware, die dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegen. Die zunehmende Kommerzialisierung äußert sich u.a. darin, daß vermehrt international und multimedial vermarktete Produkte angeboten werden und zwar als Filme, TV-Sendungen, Telespiele, Hörspiel-Cassetten und Bücher, aber auch als

Spielfiguren usw..

Positiv gesehen, können Medien zu einer Erweiterung der Erfahrungs- und Erlebnismöglichkeiten von Kindern führen. Sie vermitteln ihnen Vorstellungen über die nähere oder entfernte Umwelt, präsentieren Lebensmodelle und Identifikationsmöglichkeiten. Dem steht entgegen, daß eigene Erfahrungen und eigene Aktivitäten, soziales und kreatives Lernen zu kurz kommen. Medien verstärken zumindestens gesellschaftlich herrschende Normen und Werte, sie vermitteln herrschende und schaffen neue Welterklärungsmuster sowie fördern eine Gewöhnung an die Lösung von Konflikten ausschließlich mit Gewalt und Unterdrückung. Der Tagesablauf von Kindern wird vermehrt nach den Medienangeboten strukturiert. Es ist auffallend, daß Kinder zunehmend die Medienprodukte konsumieren, die nicht für sie produziert wurden.

## b.) Kinder und Computer

Die Computernutzung bei Kindern ist bisher wenig erforscht worden. Die folgenden Aussagen stützen sich auf eine aktuelle Untersuchung von Grundschulern und ihren Eltern durch das Dortmunder Institut für Schulentwicklungsforschung. Diese Untersuchung kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

- In jedem vierten Haushalt der befragten Kinder steht ein Computer oder Spielcomputer,
- jedes vierte Kind gab an, regelmäßig ein- bis zweimal in der Woche sich mit Computerspielen zu unterhalten,
- dabei ist der Prozentsatz bei Jungen fast doppelt so hoch wie bei den Mädchen,
- fast 30% der befragten Eltern möchte, daß ihre Kinder schon in der Grundschule den Umgang mit Computern lernen. Allerdings sind 41% der Eltern strikt dagegen.

Bei einer vergleichenden Befragung von Hauptschülern und Gymnasiasten, die vom gleichen Institut durchgeführt wurde, ergab sich folgendes Bild:

- 92% der Gymnasiasten erlernen zumindest eine Programmiersprache, gegenüber 41% bei der Hauptschüler und - Schülerinnen,

- doppelt so viele der Gymnasiasten (80%) wie Hauptschüler- und Schülerinnen (40%) nutzen ihren eigenen Computer auch zum Programmieren und nicht nur zum Spielen.

Diese schlaglichtartig wiedergegebenen Ergebnisse verweisen auf folgende Entwicklung:

- durch Nutzung und Besitz von Computern öffnet sich die Bildungsschere eher, als daß sie sich weiter schließt. Die Kluft zwischen Gymnasiasten und Hauptschülern und -Schülerinnen zeigt sich auch hier sehr deutlich und wirkt einer Demokratisierung von Wissen und Bildung im Sinne von Chancengleichheit entgegen.
- Hinzu kommt, daß die Computernutzung im starken Maße neben den schichtspezifischen auch geschlechtsspezifische Unterschiede aufweist und verstärkt. Nur ca. 1/5 der Kinder, die einen Computer besitzen, sind Mädchen. Dadurch wird das weitverbreitete Verständnis, daß Mädchen technikfeindlich sind bzw. mit Computern und mathematischem Denken nichts anfangen können, erneut aus- statt weiter abgebaut. Dies ist besonders fatal in einem Moment, da die Mädchen gerade begonnen hatten, bessere Bildungsabschlüsse an Realschulen und Gymnasien als Jungen zu erzielen.

Die Entwicklung in diesem Bereich, die hier nur grob skizziert werden konnte, unterstreicht, daß mit Blick auf die Familien und gerade auf die Kinder größere Aufmerksamkeit erforderlich ist.

## c.) Musik, Hörspiele, Kassetten

Im Multi-Medien-Alltag von Kindern haben Musik, Hörspiele, Kassetten usw. einen breiten Raum erobert. Mittlerweile verfügen ca. 60 % aller Kinder über einen eigenen Kassettenrecorder, Walkman usw.. Kassetten-, Radio- und Plattenhören steht bei dem Freizeitverhalten von Kindern mit 63 % noch vor dem Spiel mit Freunden und Freundinnen (59%) - Studie IFS Dortmund 1987. Hörspielkassetten werden vor allem von kleineren Kindern benutzt. Sie sind vergleichsweise billig, und sie werden - im Unterschied zu Büchern - überwiegend von Kindern

selbst gekauft und finden daher meist ungeprüft den Weg ins Kinderzimmer. Der Kassettenmarkt ist fest in Händen weniger Anbieter, die mit zahllosen Serien die Sammelleidenschaft und Vorlieben der Kinder gewinnbringend ausnutzen. Die bekannten Serien werden mittlerweile überall gehandelt (an den Kassen der Supermärkte, in Kaufhäusern, Tankstellen usw.). Über die Inhalte und Auswirkungen Hörspielgeschichten macht sich anscheinend niemand Gedanken. In grober Klassifizierung und schlichten Gut-Böse Schemata werden Kindern primitive Erklärungsmuster dargeboten, die oft von Chauvinismus, Vorurteile usw. gekennzeichnet sind und vor allem überkommene antiemanzipatorische Rollenklischees enthalten. Hinzu kommt noch, daß Altersangaben auf Kassetten an den Marktchancen der Produkte orientiert sind und oft zu junge Kinder damit angesprochen werden, so daß man sich über Schlafstörungen dieser Kinder nicht zu wundern braucht. Neben wenigen guten Kassettenproduktionen gibt es gerade bei den im Medienverbund hergestellten Tonträgern Angebote, die aus kaum mehr als die Tonspur der Fernsehsendung bieten.

#### d.) Gewalt und Medien

In Medien ist Gewalt immer präsent. In einer Fernsehwoche können 100 Gewaltverbrechen, ca. 100 Morde und ebensoviele Schlägereien und Schießereien gezählt werden. Kinder konsumieren diese Angebote genauso wie Erwachsene. Eine Steigerung der Gewaltszenen ist im Videofilmangebot zu verzeichnen. Über 7500 Horror- und Gewaltvideos mit steigender Tendenz sind mittlerweile auf dem BRD-Markt im Angebot. Nahezu alle Kinder haben Zugang zu solchen Videos. Sie unterscheiden sich dabei von den herkömmlichen Filmen vor allem durch ihre Brutalität und die Unvermitteltheit, mit der in Großaufnahmen genüßlich grausamste Verstümmelungen und Metzereien gezeigt werden. Eine wesentliche Botschaft, die aber auch in den anderen Medien vermittelt wird, ist: der Stärkere, Grausamere, Kaltblütigere überlebt - oft mit der Rolle des "Guten" behaftet.

Auch die Zahl der Computerspiele nimmt deutlich zu. Jeder vierte Haushalt ist schon im Besitz eines Computers, für die tausende von Spielen angeboten werden. Unter diesen befinden sich eine Reihe von Spielen mit Verherrlichung und Verharmlosung von Krieg oder Spiele, in denen die Vernichtung und Zerstörung Hauptziele sind. Alles läuft hier nach dem bekannten Muster ab: der sogenannte "Gute" besiegt den "Bösen". Der Medienmarkt bietet darüberhinaus weitere Angebote für "Kinder". Romanheftchen, Comics (Fantasie, Horror- und Landserhefte) sowie Hörspielkassetten enthalten Stories von menschenverachtender Brutalität, offenem oder verstecktem Rassismus und Sexismus. Auch hier gilt, daß Menschen (und besonders Kinder) soziales Lernen vor allem durch Beobachtung und Nachahmung lernen. Vorbilder, mit denen sich Kinder identifizieren können, haben eine große Bedeutung.

Personen und Handlungen in Comics, Romanheften und Kassetten steigern ihre Wirkung oft, wenn Titelhelden solcher Medien auch als Spielzeugfiguren, als Aufkleber, Poster usw. zu haben sind.

Simple Freund-Feind-Bilder, grobes Schwarz-Weiß-Denken, stark getrennte Frauen- und Männerbilder und Gewalt als Konfliktlösungsstrategie sind Inhalte, die transportiert und von Kindern aufgegriffen werden können. Durch den Medienverbund von Kassetten, Heften, Videos und Spielzeugfiguren wird das Nachspielen von vorgegebenen Szenen und Inhalten verfolgt. Neue Spiele sind nur mit neuen Figuren, Kassetten usw. möglich und endlose Fortsetzungen sorgen für ein profitables Auskommen der Medien- und Spielzeugindustrie, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen und Folgen von Kindern zu nehmen. Diese Produktlinie der Medien- und Spielzeugindustrie steht sicherlich erst am Anfang, und entschlossenes Handeln ist angesagt.

Traditionelles Kriegsspielzeug ist durch die anderen Medien in der BRD zum Teil überholt worden. Aber auch hierbei steht der harte Kämpfer im Vordergrund, die Lösung von Konflikten durch Gewalt ist Inhalt der Spiele mit Kriegsspielzeug. Hinzu kommt die Vermittlung einer Faszination von Waffentechnik.

## Forderungen

- *Gründung einer öffentlich-rechtlich strukturierten Anstalt, die die Aufgabe hat, pädagogisch sinnvolle Produkte für Schule und Freizeit von Kindern herzustellen. An der Produktion müssen Kinder und Jugendliche beteiligt werden, in den Kontrollorganen müssen Jugendverbände an entscheidender Stelle vertreten sein*
- *Kinder sollen in Schule und Freizeit unter medienpädagogischer Betreuung den kompetenten, kontrollierten und aktiven Umgang mit neuen Medien erlernen können.*
- *Ausbau der staatlichen Förderung für den Kinderfilm und eine Aufstockung der Mittel für die Kinderredaktionen in Hörfunk und Fernsehen.*
- *Die gezielte Förderung Kulturschaffender, die mit und für Kinder Theater, Musik etc. machen.*
- *Die Einrichtung von Kinderzentren in Stadtteilen, in denen sowohl Kinder-Künstler auftreten können, als auch Kinder, besonders Arbeiterkinder, d.h. auch ausländische Kinder die Möglichkeit haben, sich musisch-kulturell zu entfalten.*
- *Das Verbot der Produktion, des Verleihs und Vertriebs von gewaltverherrlichenden und sexistischen Medien bzw. Spielzeug.*
- *Es sollen Begutachtungs- und Beratungsstellen für Spielzeug in jedem Bundesland eingerichtet werden, die eine Kennzeichnung von pädagogisch wertvollem bzw. eine Verurteilung von pädagogisch sinnlosem Spielzeug vornehmen*
- *Überprüfung aller Ton-Produktionen für Kinder und Verbot der ungeeigneten Produkte,*
- *Empfehlungen für pädagogisch wertvolle Produktionen*
- *Bereitstellung von ausreichend finanziellen Mitteln zur Produktion von pädagogisch wertvollen Produktionen für Kindern*
- *Überprüfung der Altersangaben auf Kassetten usw.*
- *da nur die Entwicklung einer umfassenden Kompetenz im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bei Kindern und Jugendlichen einen sinnvollen, eigenverantwortlichen Umgang mit dem gesamten Medienangebot ermöglicht, muß die medienpädagogische Arbeit gezielt gefördert werden. Dies bedeutet zu allererst, daß auch für die Jugendarbeit die Anschaffung der notwendigen Geräte plus Zubehör sichergestellt werden muß.*
- *Bei der (angestrebten) Einrichtung eines Lokalradios ist ein eigenständiges, qualifiziertes Kinder- und Jugendprogramm aufzunehmen, für das ein ausreichender Anteil an den Mitarbeitern der Redaktion abgestellt werden muß.*
- *für eigene Programmbeiträge, z.B. von Kindergruppen, die im "offenen Kanal" gesendet werden können, muß die notwendige technische Geräteausstattung kostenfrei zur Verfügung gestellt und die notwendige Hilfestellung gewährleistet werden.*
- *Ein ausschließlich öffentlich-rechtliches Rundfunksystem ist das beste Mittel, um vielfältiges und informatives Programmangebot zu gewährleisten. Die Zulassung privater Medienanbieter hat zu einer erheblichen Ausweitung von Unterhaltungsangeboten (z.Teil mit Gewaltdarstellungen und Kinder- und Jugendgefährdungen) auf Kosten informativer und pädagogisch sinnvollen Sendeangeboten aufgrund der Konkurrenzsituation geführt. Im Rahmen der zukünftigen Entwicklung muß die weitere Existenz und Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ausreichend sichergestellt werden, damit sie ihrem besonderen Programmauftrag, der die Bereiche Information, Kultur und Bildung umfaßt, gerecht werden sowie die Grundversorgung übernehmen können.*
- *Es müssen öffentliche Kontrollinstanzen mit ausreichenden Kompetenzen eingerichtet werden, die Einfluß auf die Programmgestaltung nehmen können, um die Forderungen umsetzen zu können.*
- *Es ist zwingend erforderlich, daß alle Programm-*

anbieter eine programmliche Vielfalt, Pluralität und ein breites Meinungsspektrum garantieren müssen. Insbesondere ist darauf zu achten, daß das Nebeneinander nicht zu weiterem Qualitätsverlust und Programmverflachung bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten führt.

- Keine Werbung mit Kindern. Verbot von Werbung vor, während und nach Sendungen, die sich überwiegend an Kinder und Jugendliche richten. Auf Werbung für Alkohol, Tabakwaren, Medikamente sowie kriegs- und gewaltverherrlichende Produkte muß generell verzichtet werden.

## 18. Interessensvertretung für Kinder

Es gibt kaum einen Lebensbereich, der nicht direkt oder indirekt auch die Kinder betrifft. Das gilt für die Umwelt, für Straßen und Verkehr genauso wie für das Arbeitsleben oder die Arbeitslosigkeit der Eltern, für Wohnungen oder Medien. Große Beachtung finden sie als Faktor im Profitrechnen, z.B. beim Taschengeld oder bei Ausgaben, die ihre Eltern für sie tätigen. Ansonsten finden ihre Interessen auch kaum Eingang in Planung und Durchführung von Projekten.

Erleichtert wird dieses "Vergessen" der Kinder, ihrer Interessen und Belange noch durch die vielen Planungs- und Verwaltungsbereiche, die heute nahezu allesamt mit ihnen nicht befaßt sind, obwohl sie die Umwelt der Kinder oft sehr direkt und einschneidend bestimmen und verändern.

Es fällt nicht schwer zahllose Beispiele zu finden, wo bei entsprechender Planung vieles schon hätte auf Kinder eher zugeschnitten werden können, hätte es Strukturen gegeben, die die Berücksichtigung von Kinderinteressen verbindlich vorschreiben.

Es bedarf dringend einer Struktur, die die Interessen der Kinder in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit besser vertretbar und durchsetzbar macht.

### Kinderberichte

Zur Verbesserung der kinderpolitischen Interessensvertretung auf allen Ebenen (Kommune, Land, Bund usw.) halten wir die regelmäßige Erstellung von differenzierten Kinderberichten als Bestandteil der Jugendberichte für unbedingt erforderlich. Diese Berichte sollen insbesondere die Grundlage für eine qualifizierte öffentliche Diskussion und Bedarfsplanung schaffen. Sie müssen umfassend über die Lebensbedingungen von Kindern hinsichtlich ihrer ökonomischen, ökologischen, physischen und psycho-sozialen Aspekte informieren. Unabhängig von diesen Berichten sind Mittel für interdisziplinäre Forschungen in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen.

### Unterausschuß "Kinder" im Jugendwohlfahrtsausschuß

Im Rahmen der Jugendwohlfahrtsausschüsse wird die Einsetzung von Unterausschüssen "Kinder" gefordert. Damit soll die Verantwortung des Ausschusses, dem im kommunalen Gefüge ja aufgrund der bundesgesetzlichen Regelung eine Sonderrolle zukommt, für alle Kinder betreffenden Fragen unterstrichen werden. Die politische Gesamtverantwortung darf nicht in andere Bereiche verlagert werden. Dieser Ausschuß ist als Teil des Jugendwohlfahrtsausschusses zuständig für Kinderpolitik als Querschnittsaufgabe. Vorhandenes Resourcen soll durch diese Struktur überwunden werden.

### Geschäftsstelle "Kinder" beim Jugendamt

Als koordinierendes Gremium innerhalb der Verwaltung soll eine Geschäftsstelle "Kinder" beim Jugendamt geschaffen werden. Im Rahmen der Querschnittsaufgabe Kinderpolitik soll diese beim Jugendamt angesiedelte Geschäftsstelle ein Mitzeichnungsrecht in allen Fragen, die die Lebenswelt von Kindern betreffen, erhalten. Diese Struktur soll die kinderpolitische Interessensvertretung gegenüber Fachleuten absichern. Darüber hinaus soll diese Geschäftsstelle das Recht erhalten, alle das Leben der Kinder berührende Vorgänge innerhalb einer Stadtverwaltung zwischen den einzelnen beteiligten Fachämtern sowie dem Jugendamt zu diskutieren und Entscheidungsvorschläge für die politischen Gremien zu erarbeiten. Sie soll auch Kontakte zu Einzelpersonen und Organisationen unterhalten und nicht zuletzt auch den Kindern zugänglich sein, um Ideen, Ansätze und Aktivitäten zusammenzuführen. Diese Geschäftsstelle ist Ansprechpartner für Kinder bei individuellen

*Problemen und Schwierigkeiten wie Zeugnisangst, Kindesmißhandlung, innerfamiliäre Probleme usw.. Dafür könnte ein sogenanntes Kinder-Sorgentelefon eingerichtet werden.*

#### **verwaltungsinterne Arbeitsgruppe**

*Darüberhinaus ist eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe sinnvoll, die die zuständigen Fachämter für die einzelnen Vorhaben sowie das Jugendamt und die Geschäftsstelle umfaßt, mit dem Ziel die Kinderinteressen schon frühzeitig in die Planungs und Vorentscheidungsprozesse mit einfließen zu lassen. Gleichzeitig soll damit mittelfristig ein grundsätzlicher Bewußtseinswandel, der die Kinderinteressen zu einem festen Bestandteil aller Planungen und Entscheidungen macht, auch in der Verwaltung erreicht werden.*

Unseren Vorschlag einer neuen Struktur für eine verbesserte Kinderpolitik und unsere Einzelforderungen stellen wir hiermit zur Diskussion.

Für kritische und ergänzende Beiträge wären wir dankbar; freuen würden wir uns auch über jede Gelegenheit diese Vorschläge mit möglichst vielen Interessierten diskutieren zu können.

Wir werden weiterhin die Interessen der Kinder deutlich und bekannt machen, Einfluß auf Entscheidungen nehmen und für die Umsetzung unserer Forderungen eintreten, denn stärkere Einmischung ist nötig, damit "jedes Jahr ein Jahr des Kindes wird!"

## **19. Ausblick**

Die bisherigen Ausführungen machen aus unserer Sicht zweierlei deutlich:

- Bis zur Kinderfreundlichkeit unserer Gesellschaft ist es noch ein weiter Weg; viele Einzelschritte müssen bis dahin durchgesetzt und gegangen werden, um dem Ziel einer kinderfreundlichen, beispielbaren Stadt/Gemeinde Stück für Stück näherzukommen.
- Die zusammenfassende Betrachtung der Einzelanalysen verweist eindeutig darauf, daß Kinderpolitik Querschnittspolitik sein muß, zu deren Umsetzung sich alle Beteiligten - ausgehend vom politisch verantwortlichen Gremium, dem Jugendwohlfahrtsausschuß - aktivieren und engagieren müssen. Dabei dürfen die Kinder nicht nur als Objekte von Planungen und Entscheidungen betrachtet sondern müssen als aktiv gestaltende Subjekte ernst genommen werden.

Mit der Herstellung von Kinderöffentlichkeit soll der Versuch unternommen werden, die Einwirkungsmöglichkeiten von Kindern auf politische Entwicklungen zu ermöglichen.